

**Zeitschrift:** Beiheft zum Bündner Monatsblatt  
**Herausgeber:** Verein für Bündner Kulturforschung  
**Band:** 5 (1997)

**Artikel:** Hotels und Dörfer : oberengadiner Hotellerie und Bevölkerung in der Zwischenkriegszeit  
**Autor:** Kessler, Daniel  
**Kapitel:** 2: Lokale und regionale Politik  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-821088>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 28.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## II. Lokale und regionale Politik

Die bisher besprochenen Entwicklungen und die Auseinandersetzungen um sie betrafen ausser dem Tourismus und dem wirtschaftlichen Gefüge des Oberengadins auch andere gesellschaftliche Bereiche. Einer dieser Bereiche ist die politische Öffentlichkeit, die im Oberengadin und in seinen Kommunen in besonders spannungsreichen Beziehungen zum wirtschaftlichen Alltag steht. Sie ist sein Ausdruck, prägt ihn ihrerseits aber auch mit, indem sie ihm Rahmenbedingungen schafft oder auferlegt, welche seinen Gang teilweise bestimmen. Die Frage der Über- oder Untervertretung von Hoteliers in den Gremien vor allem der Gemeinde St.Moritz war in gleichem Masse ein Dauerthema wie jenes der parteipolitischen Repräsentierung. Und umgekehrt bestimmten gesetzliche Schranken lange Zeit beispielsweise die Nutzung verkehrstechnischer Möglichkeiten, welche sich die Tourismuskreise so sehr wünschten. Wie über dem letztgenannten Thema St.Moritz mit den Mehrheiten im Kanton in Konflikt geriet, wurde ebenso beschrieben wie die inner- und interregionalen Meinungs- und Interessenunterschiede, die sich in der Planung der grosszügigen hydroelektrischen Erschliessung des Oberengadins auftaten. Hier sollen nun das interne Funktionieren der Gemeinde St.Moritz (als der am stärksten auf den Tourismus ausgerichteten des Oberengadins) und am Rand auch ihre Verknüpfungen mit neben- und übergeordneten politischen Grössen thematisiert werden. Dabei spielen die Definitionen des politischen Selbstverständnisses eine Rolle, die ihren Niederschlag beispielsweise in der Gemeindeverfassung und in ihren Anpassungen an neue interne und externe Bedingungen finden. Das Auftreten der Parteien, der Verlauf von Wahlen und die Behandlung ausgewählter Sachgeschäfte sollen so beleuchtet werden, dass an ihnen noch einmal das Verhältnis zwischen Hotellerie und Oberengadiner Bevölkerung zum Ausdruck kommen kann, diesmal eben unter politischen Aspekten. Wie eng der Zusammenhang zwischen politischer und administrativer Öffentlichkeit einerseits und der Wirtschaft andererseits ist, zeigte sich nie deutlicher und konkreter als anlässlich der Umfunktionierung eines Hotels zu öffentlichen Zwecken: ab 1950 wurde das Hotel Savoy im Zentrum von St.Moritz als Sitz der Gemeindeverwaltung genutzt.

## *Wahlen und Parteien*

In einem Rückblick auf die eben abgehaltenen Kommunalwahlen beschrieb der Fögl d'Engiadina am 1. Juni 1920 die aktuelle politische Situation in der Gemeinde St.Moritz folgendermassen:

*«Auch St.Moritz geht mit grossen Schritten neuen Zeiten entgegen, ein neuer Wind bläst durch die Gemeinde und die politische Konstellation des Ortes ist nach neuen Prinzipien orientiert. Die Parole heisst: nach links, und dieser Parole entspricht auch eine absolute Mehrheit von Stimmberechtigten. ... Wie in Samedan wird auch hier die Situation dominiert von der demokratischen Partei, jener der Sozialdemokraten und den Fixbesoldeten, die zur Mehrzahl in einer der erwähnten Parteien organisiert sind — die freisinnig-bürgerliche Mehrheit ist zerschlagen.»*

Zerschlagen war zwar nicht einmal die absolute bürgerliche Mehrheit, die zitierte Diagnose stimmt aber insofern, als nun auch Männer in den Gemeindebehörden Einsitz nahmen, die nicht parteilos oder Mitglieder der freisinnigen Partei waren. Es war also allein schon eine Vermehrung der politischen Kräfte, welche dem Kommentator des freisinnigen Blattes wie eine radikale Veränderung der Mehrheitsverhältnisse vorkam.

### *Parteiung*

Die St.Moritzer Gemeindewahlen von 1920 waren die ersten, zu denen die Demokratische Partei antrat.<sup>1</sup> Dabei verhalf sie gleich den Sozialdemokraten, mit denen ihre Sympathisanten in einem dritten notwendig gewordenen Wahlgang zu einem guten Teil stimmten, zu einem Platzgewinn im Gemeinderat. Dieses erste Auftreten einer neuen Partei und dessen Art brachte Unruhe ins politische St.Moritz (vgl. fE, 30. März 1920). Die Gründe dafür sind im kantonalen und nationalen Umfeld, das sich nach Kriegsende durch einen kämpferischen Charakter

1 Aus jungfreisinniger Opposition zum Freisinn hervorgehend, konstituierte sich die aus «Kreisen der Kleinbauern, Angestellten und Intellektuellen» zusammengesetzte Partei anlässlich der Nationalratswahlen von 1919 (Gruner 1969:100). «Für den Fall, dass die freisinnige Delegiertenversammlung mit unserem Beschluss nicht einverstanden und Listenverbindung mit den Konservativen eingehen und damit die Trennung besiegeln sollte, wurde beschlossen, unserer Partei den Namen «Demokratische Partei» zu geben.» (Mani 1969:11) So beschrieb ein Redaktor der demokratischen 'Neuen Bündner Zeitung' 50 Jahre später den Gründungsanlass seiner Partei. Über die Entwicklung im Engadin, die zur Parteigründung beigetragen hatte, berichtet derselbe Autor nur kurz: «Im Oberengadin bestand noch keine Organisation, aber es gab in Zuoz, Scans, Samedan, Ponte und Madulein Gruppen, die in scharfer Opposition zum Freisinn unter der Leitung der Töndury und Perini standen. Nach einer Versammlung in Zuoz, an der Dr. A.Kuoni referierte und Dr. A.Lardelli, Dr. A.Bächtold und J.Schmid sekundierten, wurde im Februar 1919 der 'demokratische Verein Oberengadin' gegründet.» (Mani 1969:7)

auszeichnete, ebenso zu suchen wie in den inneren Verhältnissen des Touristenortes, wo die freisinnige Alleinherrschaft nicht den sozialen Verhältnissen der Stimmberechtigten und der Bewohner entsprach. In der Retrospektive erscheint die Präsenz verschiedener politischer Parteien in St. Moritz als eine Selbstverständlichkeit. Nur das spektakuläre Auftauchen der Demokratischen Partei als bürgerliche Form der Opposition ist den Gedächtnissen präsent und gibt so dem Leben der Parteien eine dynamische Dimension, die — was sonst nur einzelnen Personennamen gelingt — auch in die Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg zurückverweist. Dass übrigens der jeweils als älteste der politischen Parteien im Engadin verstandene Freisinn nicht sehr lange vor den anderen ins Leben gerufen wurde, spielt in den mündlichen Überlieferungen eine kleine oder gar keine Rolle. Das zeigt noch einmal, wie sehr auch bei politischen Gegnern die oberengadinische Normalität als eine freisinnige verstanden wird. Ein Gründungsmitglied des St. Moritzer Freisinns erinnert sich nach dem Zweiten Weltkrieg wie folgt an dessen Entstehung:

*«Gewissermassen eine Kriegsgründung war die Freisinnig-Demokratische Partei von St. Moritz. Solange der Friede dauerte und alles trachtete in diesem, man möchte fast sagen goldenen Zeitalter, die Konjunktur auszunützen, fragte niemand nach Partei. St. Moritz wies wie der ganze Kanton eine liberale Mehrheit auf, eine Demokratische Partei bestand damals noch nicht. Als die Krisis einsetzte und immer schärfere Töne gegen die verantwortlichen Behörden angeschlagen wurden, ergriff ich die Initiative zur Gründung einer Freisinnig-Demokratischen Partei. Der Einladung folgten 44 Mann, sodass der Auftakt vielversprechend war. Ich wurde als Präsident gewählt und man bezeichnete Pfr. Hoffmann und mich als Delegierte für die kurz nachher stattfindende kantonale Delegiertenversammlung in Chur. ... Der verdiente Förderer der Partei war mein Freund Emil Spiess, der zu meiner Zeit noch in Wien weilte. Da die Sozialdemokraten geradezu bedrohliche Reden führten, ging ich daran, auch einen Bürgerblock ins Leben zu rufen.» (Mohr s.a.: 70f)*

Das Auftreten der sozialdemokratischen Partei im Engadin ist immer in Zusammenhang mit dem Bahnpersonal und vor allem mit der Gemeinde Samedan erinnert. Sie wird — von Nicht-Sympathisanten — als unterländischer Export empfunden, den man zwar durchaus ernst zu nehmen hatte, dem aber insofern weniger Aufmerksamkeit geschenkt wurde, als seine Mitglieder eben zum kleinsten Teil Einheimische waren.

Auffälliger als Gründungsdaten und exakte Vorstellungen zum Kräfteverhältnis der Parteien sind den Informanten die Unterschiede zwi-

schen St.Moritz sowie Samedan und anderen Gemeinden. Letztere standen dank kleineren Einwohnerzahlen, einem geringeren Anteil von Zuzüglern und weniger komplexen Wirtschafts- und Sozialstrukturen entweder unter fast ausschliesslich freisinniger Kontrolle oder kamen dann länger ohne organisatorische Parteiung im engen Sinn aus. Sie führten eine solche oft erst unter St.Moritzer Einfluss ein. Wo Gemeinden eine parteipolitische Struktur aufwiesen, die für die Verwaltung ihrer Binnenpolitik unnötig und sogar überdimensioniert erschien, zielte sie auf die kantonalen Verhältnisse, welche sehr wohl der Parteien bedurften, um regionale, konfessionelle, soziale und ideologische Differenzen darzustellen. In den bevölkerungsstärksten Gemeinden wie St.Moritz und Samedan dagegen war die Zahl der Zuzüger so bedeutend, dass sie ein Wählerpotential darstellten, das nicht ohne weiteres in traditionelle Strukturen einzubeziehen war und deshalb in Organisationen gelenkt werden musste, welche die politischen Auseinandersetzungen auch auf kantonalem und nationalem Niveau gestalteten. Ausserdem bewirkten die von auswärts ins Engadin gekommenen männlichen Arbeitskräfte hier auch aus eigenem Willen eine Anpassung der politischen Ordnung an eidgenössische Vorbilder: Ein Teil von ihnen gab sich — beispielsweise mit der lokalen sozialdemokratischen und der konservativ-katholischen Partei — überhaupt erst Möglichkeiten und Mittel der Manifestation im kommunalen und regionalen Kontext.

Die hier angesprochene katholische politische Organisation trat in St.Moritz 1932 anlässlich einer Ersatzwahl in den Gemeinderat zum ersten Mal auf den Plan, und zwar in ihrer konservativ-christlichsozialen Ausformung.<sup>2</sup> Ihr Kandidat, welcher der freisinnigen und der demokratischen Partei genehm war, sollte nun die katholischen Bevölkerungsteile von St.Moritz auch parteipolitisch vertreten. Die 'Genehmigung' des katholischen Volkvertreters — der von der stimmberechtigten protestantischen Mehrheit mit Leichtigkeit hätte abgewiesen werden können — belegt die interessierte Logik, die es den schon etablierten Parteien ratsam erscheinen liess, der neuen Organisation ihren Platz

2 In der Engadiner Post vom 25. Oktober 1932 berichtete eine der neuen Partei offensichtlich nahestehende Stimme folgendermassen defensiv über den Gründungsakt: «Am Sonntag den 23. Oktober wurde im Hotel Bären in St.Moritz die Kreispartei Oberengadin der Konservativ-Christlichsozialen Graubündens konstituiert. Als Tagesreferent amtete Herr Alt Regierungsrat Willi. Seine mitreissende, überzeugungsvolle Rede, sekundiert von Arbeitersekretär Wilhelm, vermochte die über 60 Anwesenden aller Kreisgemeinden für den Zusammenschluss zu begeistern. Die kleine Partei, die auf positiv christlicher Grundlage zu wirken hat, wird weder umwälzend politisch das öffentliche Leben beeinflussen, noch Andersdenkende beunruhigen. Ihre Arbeit sowie ihr Parteiprogramm sind in den Rundschreiben Leo XIII. und Pius XI. gegeben. Für Gott und Heimat!»

einzuräumen. Indem dem Vertreter einer neuen Partei ein Sitz im Gemeinderat freigemacht wurde, verloren die bisher dominanten Parteien zwar einen Teil ihrer Vormachtstellung. Gleichzeitig vermochten sie so aber ein bedeutendes Bevölkerungssegment ins politische Geschehen der Gemeinde einzubeziehen, dessen Teile sich bisher nicht politisch hatten artikulieren können — oder nur individuell: als Parteilose oder als Mitglieder einer konfessionell nicht gebundenen Partei. Ihre eigene Position als Organisationen verstärkten sie damit insofern, als das politische Leben noch mehr als bisher von den Parteien bestimmt wurde.

Wie stark die Gemeinde St.Moritz auf die Parteiung reagierte, wie sehr die Parteien versuchten, die lokale Politik nach nationalem und kantonalem Vorbild zu monopolisieren, hatten schon die Gemeindewahlen von 1922 gezeigt. Die Vertreter aller Parteien und direkt an den Wahlen interessierten Verbände und Vereine trafen sich nämlich im Hotel Schweizerhof zu einer Diskussion und legten schliesslich den Stimm- und Wahlberechtigten eine gemeinsame Liste vor, auf der Kandidaten für alle zu vergebenden Sitze und Ämter aufgeführt waren.<sup>3</sup> Und allen diesen Vorschlägen wurde anlässlich der Wahl auch entsprochen. Gegenvorschläge zu der 'offiziellen' Liste wurden zwar formuliert — denn *«nicht alle [dieser] Kandidaten waren genehm, vor allem bekämpft wurden drei freisinnige Kandidaturen und auf der ganzen Linie die sozialdemokratischen Nominierungen, welche mehr als nur einem ernsthaften Wähler zu denken gaben»* (fE, 31. Januar 1922) —, die grosse Koalition vermochten sie jedoch nicht zu gefährden. Die Parteien konnten, indem sie auch 'wilde', d.h. parteilose Kandidaten in ihre gemeinsame Liste aufnahmen und indem sie den ökonomischen und ständischen Organisationen rieten, ihre Kandidaten in den Parteien zu plazieren, die Wahlen lenken und das Verhalten der Wähler effizient

3 *«Letzten Dienstag fand im 'Schweizerhof' eine ... Konferenz [statt, an der] Vertreter aller politischen Parteien und der bürgerlichen und wirtschaftlichen Organisationen teil[nahmen], insgesamt etwa sieben oder acht. Als neutrale Instanz ohne politische Tendenzen wollte Herr Direktor Angst im Namen des Hoteliervereins eine kombinierte Liste mit proportionalen Vertretungen anstreben, dabei allerdings die Notwendigkeit unterstreichend, dass die Hotellerie unterstützt wird, mit welcher St.Moritz lebt und stirbt. Herr Direktor Angst präsidierte die Konferenz in seinem Hotel, begrüßte die Anwesenden äusserst freundlich und stellte seinen Gesichtspunkt dar. Die anderen taten dasselbe. Die Versammlung zeitigte das Resultat, dass nur die vier politischen Parteien kombinierte Listen erstellen sollten; die ökonomischen Vereine und die Gewerbe- und Handelsvereine sollten sich innerhalb dieser Parteien bewegen und dort ihre Wünsche vorbringen.»* (fE, 20. Januar 1922) Welche vier Parteien gemeint sind, ist unklar, denn ausser von der freisinnig-demokratischen, der demokratischen und der sozialdemokratischen Partei war die gemeinsame Liste von der Ortsgruppe der Fixbesoldeten, der Bürgerlichen Vereinigung, vom Hotelier-Verein und vom Handels- und Gewerbeverein signiert.

kanalisieren. Dass es 1922 dennoch zu Komplikationen kam, lag nicht am Verlauf der Wahlen selbst, sondern an der darauffolgenden Verteilung der Ressorts im Gemeindevorstand und am dadurch provozierten Rückzug eines eben gewählten liberalen Mitgliedes dieser Behörde. Ein sozialdemokratischer Kandidat, zu dessen *«Erfolg man sich in St.Moritz hätte gratulieren können»* (fE 7. März 1922), wurde anlässlich der nötig gewordenen Nachwahl von einem freisinnigen Mitglied des Gemeinderates geschlagen. Die daraufhin ihrerseits notwendig gewordene Ersatzwahl eines Gemeinderates gewann ein demokratischer Kandidat, der auf die Unterstützung des Vereins der Fixbesoldeten und die Duldung des Freisinns hatte zählen können. Absprachen und Wahlkampf bestimmten das Verhältnis zwischen den Parteien, welche auf diese Weise alle potentiellen politischen Kräfte zu binden versuchten und damit insofern kontrollieren wollten, als sie die Form der Politisierung und des Politisierens vorwegnahmen und damit bestimmten. Der unruhigen Ökonomie liess sich so wenigstens die zunehmende Stabilität der politischen Organisationen (nicht der Politik selbst!) gegenüberstellen. Ein gemeinsames Vorgehen der in St.Moritz aktiven politischen Parteien, wie es 1922 eingeübt worden war, sollte in der Zwischenkriegszeit dennoch bloss ein zweites Mal zur Anwendung kommen, und zwar anlässlich der Gemeindewahlen von 1937, welche, dem Echo in der Presse zufolge, ruhig verliefen (vgl. eP vom 27. Februar und 4. März 1937). Das zeigt, dass die Stabilität der Organisationen nicht jene der politischen Ansprüche und ihrer Realisierung war, dass unter den Parteien ein Kampf um Behördensitze im Gang war.

Noch deutlicher wurden die politischen Parteien zum Modell des politischen Lebens in St.Moritz anlässlich der bewegten Bestellung der Gemeindebehörden von 1931. Selbst Parteilose traten nämlich mit einer Liste für die Wahl des Gemeindepräsidenten und des Gemeindevorstandes auf und passten sich damit den Gepflogenheiten an, welche von den Parteien eingeführt worden waren. Ohne jegliche Verpflichtung auf ein festgeschriebenes politisches Programm war den 'Wilden' die berufliche Herkunft der Kandidaten ein wichtiges Anliegen und Argument, aufgrund dessen sie Vorstellungen darüber formulierten, wie die zu wählenden Behörden zusammengesetzt sein sollten. Und dennoch organisierten sie sich für die Wahlen wie eine Partei, argumentierten sie gemeinsam und machten sie Propaganda nach dem Vorbild der politischen Zusammenschlüsse, die sich feste Strukturen gegeben hatten:

*«Da in dem neuen Gemeindevorstand die Stelle des Baufach-Chefs voraussichtlich vakant wird, ist heute der Techniker am grünen Tisch*

*notwendiger als Juristen, umsomehr letztere mehr oder weniger immer wieder von den Gelüsten nach neuen Gesetzen und Paragraphen verfolgt sind, und solche hat das Volk wahrlich genug. — Unser Kandidat, Herr Huder-Schumacher stammt von einem tüchtigen, seinerzeit weit bekannten Baumeister, und hat selbst seine Kenntnisse an technischen Schulen noch vervollständigt, sodass ihm der Posten eines Baufach-Chefs sehr gut anstehen wird, und er sich sicherlich auch schnell in das Gebiet eingearbeitet haben wird, mit der nötigen Unterstützung von Seiten der anderen Ratsherren. Darum stimmt geschlossen die Liste der Parteilosen!» (eP, 28. Februar 1931)*

Der auf diese Weise portierte parteilose Kandidat wurde schliesslich auch gewählt, trotz der intensiven Pressekampagne für einen freisinnigen Kandidaten, der schon im Gemeindevorstand Einsitz genommen hatte und der die Unterstützung nicht nur seiner Partei, sondern auch wirtschaftlich bedeutender Verbände genoss, da er

*«zudem seit zehn Jahren Aktuar des Handels- und Gewerbeverbandes St.Moritz [ist], wo er in dieser Eigenschaft Gelegenheit hatte, sich in die Verhältnisse der Handels- und Gewerbetreibenden einzuleben. Das ist dann auch der Grund, weshalb er auch vom Handels- und Gewerbeverein und vom Hotelierverein, die in den letzten Jahren intensiv zusammenarbeiteten, ... zur Wahl empfohlen wird.» (eP, 5. März 1931)*

### *Personen und Propaganda*

Die Legitimierung der Kandidaten — ob Parteimitglieder oder Parteilose — wurde hier im lokalen Kontext logischerweise stärker als anlässlich von kantonalen oder nationalen Wahlen nach familiären Kriterien und solchen der Verstrickung in der lokalen Wirtschaft vorgenommen. Dadurch zeigt sich aber auch, dass trotz der Monopolisierung der Gemeindepolitik durch die Parteien die zur Wahl stehenden Personen weiterhin sehr genau unter die Lupe genommen und nach ihrer sozialen Stellung eingeschätzt wurden. Die Programmatik blieb — abgesehen von der groben Differenzierung in links und rechts — auf kommunaler Ebene auch den Parteien von untergeordneter Bedeutung. Als Wahlkriterien dienten deshalb vor allem Betrachtungen der wählbaren Personen sowie ihres familiären und ökonomischen Umfeldes. Letzteres konnte sich mit parteipolitischen Verpflichtungen decken und so soziale Reziprozität zum parteiischen Antrieb machen. Weil dies aber nicht immer der Fall war, gelang es parteilosen Kandidaten immer wieder, sich in Wahlen gegen Männer durchzusetzen, welche von Parteien - und auch von der freisinnigen — vorgeschlagen worden waren. 1926 traf dies sogar bei der Bestellung des wichtigsten in St.Moritz zu vergebenden Amtes zu. Wegen des Rücktritts des Gemeindepräsidenten

Gartmann kam es zu einer Ersatzwahl, in deren erstem Gang niemand das notwendige Mehr erreicht hatte, ein 'Wilder' aber auffälligerweise mehr Stimmen erhielt als die von der demokratischen und der liberalen Partei vorgeschlagenen Männer. Und nachdem der demokratische Kandidat sich für den zweiten Wahlgang zurückgezogen hatte, der parteilose aber genau dies nicht tat, obwohl er von der freisinnigen Partei dazu aufgefordert worden war, verlor deren Vertreter die Wahl und ein 'Wilder' — Carl Nater, ehemaliger Direktor der St.Moritzer Bank<sup>4</sup> — wurde Gemeindepräsident von St.Moritz.<sup>5</sup> Die Parteien hatten also in diesem Fall das Verhalten der Wähler insofern nicht bestimmen können, als nicht einer ihrer Vertreter die Wahl gewann. Da jedoch der Rückzug des demokratischen Kandidaten und das Abstimmungsverhalten der Sympathisanten der oppositionellen Parteien den Sieg des Parteilosens erst ermöglicht hatten, zeigt auch dieser Anlass, dass gegen den geschlossenen Willen der Parteien keine Kandidaten in die Gemeindebehörden gelangen konnten und dass umgekehrt Parteilose der Unterstützung eines guten Teils der parteigebundenen Wähler bedurften, um Urnengänge erfolgreich bestehen zu können.

Weil also die Kandidaten für kommunale Ämter als Personen mindestens ebenso sehr interessierten wie als Parteimitglieder, standen sie immer wieder im Zentrum der intensiven Diskussionen und gaben Zielscheiben für politische Attacken ab. Wie heftig die persönlichen Angriffe und deren Abwehrversuche anlässlich von Wahlen werden konnten, zeigt die Propaganda zu den St.Moritzer Gemeindewahlen von 1934, als ein freisinniger Kandidat vor dem zweiten Wahlgang für den Gemeinderat zur Zielscheibe von Angriffen unter anderem in Form

4 Dieses 1905 gegründete Geldinstitut hatte das 'Privathaus R.Baviers Erben' übernommen, musste aber 1919 in Liquidation treten und wurde durch eine Filiale der Schweizerischen Volksbank ersetzt.

5 <Mit Carl Nater ... habe ich viel zusammengearbeitet und ihn als einen nicht nur gewandten Geschäftsmann, sondern vor allem auch als einen grossen Schaffer kennengelernt. Als solcher zeigte er sich auch, als er im Jahre 1926 als Gemeindepräsident gewählt wurde. Er hat in den 23 Jahren seiner Amtsführung einschneidende Reorganisationen durchgeführt und um sein St.Moritz hartnäckig gekämpft, als in der zweiten Hälfte der dreissiger Jahre eine neue Krisis in Erscheinung trat und 1939 der Zweite Weltkrieg mit allen seinen verderblichen Folgen begann. Er verteidigte, um nur kurz über die Werke zu berichten, die während seiner Präsidentschaft entstanden, mit der ihm eigenen Energie das EW St.Moritz vor dem Zugriff der damals noch nicht sanierten Bündner Kraftwerke. ... Auf Naters Initiative wurden die wichtigsten Strassen auf dem Gebiete von St.Moritz ausgebaut und die notwendige Entlastungsstrasse Quadretta erstellt. Als er mit dem Vorschlag auftauchte, die Drahtseilbahnen zu kaufen und die Aktien sogar über dem Nennwert zu honorieren, weil sonst der Kauf nicht zustande gekommen wäre, da schüttelten weite Kreise den Kopf. ... Das Volk stimmte trotzdem zu. ... Um die Reorganisation der Bäder und Einleitung der Erneuerung derselben hat er sich ebenfalls verdient gemacht.> (Mohr a.s.:73)

eines per Post verschickten Flugblattes wurde und sich in der Presse gegen dieses Vorgehen wehrte.<sup>6</sup> Normalität, welche aufgrund eines solchen Vorgehens formuliert werden konnte, erweist sich aber ob dem bisher Berichteten als bloss behauptetes Ideal, das nie die tatsächliche Form der politischen Auseinandersetzung gewesen war:

- 6 Unter dem Titel 'Tiefer hängen!' signierte Dr. H. Vital am 20. März 1934 folgende Einsendung an die Engadiner Post: «Unter den Wahlzetteln, die letzten Samstag an die Wähler von St. Moritz zugestellt wurden, befand sich auch ein solcher darunter, der meiner Ansicht nach verdient, etwas tiefer gehängt zu werden. Er hatte folgenden Wortlaut: «Bravo! St. Moritzer Stimmberechtigter. Das Abstimmungsresultat vom letzten Sonntag hat bewiesen, dass sich der Bürger, wenn er zur Urne geht, nicht um Parteiparole und andere Beeinflussungen aller möglichen Intriganten hält. Der stimmfähige Bürger ist nur zu oft gezwungen einer Partei anzugehören und an den Versammlungen teilzunehmen — dagegen hat er es satt — 'Stimmvieh' zu sein. Aus der Urne gingen die Kandidaten, welche von den Parteien am lautesten empfohlen wurden, mit dem wenigsten Erfolg hervor. Dies und dazu noch die Tatsache, dass Kandidaten, welche keiner Partei angehören, sogenannte 'Wilde', mit der grössten Stimmenzahl im ersten Wahlgang gewählt wurden, sagen alles. Zum nächsten Sonntag die Augen auf. Es geht um das Wohl unserer allgemeinen Interessen. St. Moritzer Stimmberechtigter, beweise zum zweiten Mal, dass Dir das Wohl der Gemeinde, der Allgemeinheit, vor allen anderen Momenten am Herzen liegt. Unser bewährter Gemeindepräsident C. Nater kann nur mit Hilfe von Unterstützung in den Räten sein erwiesenermassen gutes Programm durchführen. Dazu braucht er junge Kräfte, unverbrauchte Energien, welche bewiesen haben, auch im Leben den Mann zu stellen. Nicht in Frage dürfen Leute kommen, welche bereits einmal im Rate gesessen und sich als ungenügend erwiesen haben. Der beherzte St. Moritzer Wähler kann darum nächsten Sonntag seine Stimme dem freisinnigen Kandidaten Dr. H. Vital nicht geben, denn es stehen zu grosse Interessen auf dem Spiel. Unser Gemeindepräsident hat erklärt, mit solchen Mitarbeitern sein Amt zur Verfügung stellen zu müssen. Jetzt, St. Moritzer Wähler tu Deine Pflicht!» Es ist nun leider wahr, dass Herr Präsident Nater die Erklärung abgab, er werde als Präsident der Gemeinde zurücktreten, wenn meine Person in den Gemeinderat gewählt werde. Ich sage 'leider'. Denn als man mir am Freitag mitteilte, es heisse, Herr Präsident Nater hätte derartige Äusserungen getan, wies ich diese Mitteilung mit Entrüstung zurück, weil ich nicht glauben konnte, dass der Herr Gemeindepräsident von St. Moritz sich zu einer solchen Handlungsweise herablassen würde. Ich habe ja Herrn Präsident Nater nie das Geringste in den Weg gestellt. Und wenn ich in Gemeinde- und anderen Versammlungen hie und da einen anderen Standpunkt verfocht als den des Herrn Präsidenten oder der Gemeindebehörden, so war dies mein gutes Recht und geschah immer in sachlicher Weise und ohne persönliche Ausfälle gegen irgend jemanden. Hätte ich aber auch — was nie geschah — Herrn Präsident Nater persönlich angegriffen und mir dadurch seine Feindschaft zugezogen, so finde ich es unter der Würde eines Gemeindepräsidenten, durch Demissionsdrohungen darnach zu trachten, den Gang einer Wahl zu beeinflussen und die Wahl eines ihm ungenehmen Mannes zu hintertreiben. Den Verfassern (oder dem Verfasser) des Pamphletes möchte ich nur sagen, dass es — milde ausgedrückt — keines Heldenmutes bedarf, um aus dem Hinterhalt zu hetzen. Wären es Männer, so hätten sie ihrer Schmähschrift ihre Unterschrift beigefügt. Wenn solche Leute nur einmal einsehen und begreifen würden, dass durch solche Handlungsweise aus dem Hinterhalt viele Unschuldige in den Verdacht der Autorschaft hineingezogen werden und damit wiederum viel Unheil angerichtet werden kann. Ich habe mir reiflich überlegt, ob ich überhaupt zu dieser Angelegenheit Stellung nehmen sollte. Ich habe mich schliesslich dazu entschlossen, weil ich mich hierzu auch gegenüber meinen Wählern als verpflichtet erachte und weil in einer Wahlkampagne bei einem gesunden Volke noch der Spruch Geltung haben muss: est modus in rebus, sunt certi denique fines.» Diese Einsendung erhielt dann am 22. März 1934 in der Engadiner Post eine Erwiderung, die zwei Tage später im selben Blatt ihrerseits eine Reaktion hervorrief, welche unter dem Titel 'Ganz tief hängen' erschien.

*«Flugblätter jeglicher Art, faire und unfaire, versuchten mit mehr oder weniger Glück, selbst unter Auslassung des bisher bei uns beobachteten Anstandes, an die politischen Leidenschaften der Wählerschaft zu appellieren und riefen dann selbstverständlich entsprechenden Abwehrmechanismen. ... Diejenigen Momente aber, die im letzten Augenblick für und namentlich gegen gewisse Kandidaten ins Feld geführt wurden, entbehren der Sachlichkeit, der bisher bekannten politischen Gepflogenheiten und gereichen dem Gemeinwesen nicht zur Ehre.» (eP, 20. März 1934)*

Die Drohung des Gemeindepräsidenten mit Rücktritt und die der anonymen Flugblattschreiber — welche den Zeitgenossen wohl nicht ganz so anonym gewesen sein dürften<sup>7</sup> — zeitigten aber Erfolg: der angegriffene freisinnige Kandidat schaffte den Sprung in den Gemeinderat nicht, denn er wurde von einem parteilosen Kandidaten geschlagen. Der selbe Gemeindepräsident hatte die Gemeindepolitik übrigens schon einmal beunruhigt, als er nämlich 1932 sein Amt zur Verfügung stellen wollte und damit Ersatzwahlen notwendig machte. Carl Nater war allerdings auf sein Ansinnen zurückgekommen und hatte sich — mit Erfolg — selbst wieder an dieser Ersatzwahl beteiligt. (eP, 28. April 1932) Die Mittel der Politik waren demnach ebenso sehr politisches Thema wie die Gegenstände der Politik in einem engeren Sinn, die von politischen Behörden, von den Parteien und vom Souverän zu behandelnden Sachgeschäfte. Ganz besonders gilt das für die Wahlpropaganda, für jene Gelegenheiten, zu welchen Parteien (und parteilose Kandidaten) ihre Ansprüche an Präsenz in den politischen Gremien anmeldeten.

Die angewendeten propagandistischen Mittel hatten schon anlässlich der Gemeindewahlen von 1925 intensive Diskussionen bewirkt — sogar mehr als der Wahlausgang, der die freisinnige Mehrheit bestätigte, ihr einen Sitzgewinn brachte, die Sozialdemokraten aus dem Gemeinderat warf und die demokratische Vertretung unverändert beließ. Eine besondere Dimension erlangten die Diskussionen deshalb, weil Akteure und Beobachter des öffentlichen Alltags sich zu Definitionsversuchen ihrer Gemeinde veranlasst fühlten. Hatte der Fögl d'Engiadina gleich nach dem ersten Wahlgang noch behauptet, St.Moritz sei dank den Formen der Kandidaten- und Parteienpropaganda zu einer kleinen

7 Am 22. März 1934 informierte Gemeindepräsident Nater in der Engadiner Post die Gemeinde darüber, dass er weder der Verfasser noch der Auftraggeber des Flugblattes und überhaupt zum Zeitpunkt seines Auftauchens «geschäftshalber orts- und landesabwesend gewesen» sei. Er musste sich demnach gegen entsprechende Verdächtigungen zur Wehr setzen, tat dies allerdings mit einem Argument, das nicht notwendigerweise einleuchtet und deshalb tauglich war, entsprechende Vermutungen noch zu bestärken.

Stadt geworden, so bedauerte das Blatt im Rückblick auf die Gesamterneuerung der Gemeindebehörden genau diese Veränderung: St.Moritz sei nicht Zürich oder Berlin und die politischen Auseinandersetzungen müssten deshalb auch anders geführt werden als in den europäischen Zentren.<sup>8</sup> Selbstverständlich sprach hier das Interesse der bürgerlichen Mehrheit und besonders des Freisinns, der seine Vormachtstellung gegenüber der sozialdemokratischen (und teilweise der demokratischen) Opposition ungefährdet bewahren wollte. Im Dorf sollte Kritik an Personen nicht so heftig vorgetragen werden, wie dies in der Stadt möglich ist, da so zu viele Beziehungen gefährdet würden. Allerdings ist es gerade die Dichte der Beziehungen eines Dorfes, welche der Heftigkeit von Attacken Vorschub leistet. Und da bei dieser Voraussetzung jeder Angriff als einer gegen die Person gewertet werden musste, zeigte das politische Leben von St.Moritz sich als sehr turbulent. In dieser Heftigkeit drückte sich auch der Wandel des kommunalen Bewusstseins aus, das nicht mehr leugnen konnte, dass die Dorfbevölkerung eine nach Klassenzugehörigkeit unterscheidbare war. Eine landwirtschaftliche Beschäftigung, welche den meisten Bewohnern gemeinsam wäre und so eine zumindest formale Harmonie schaffte, konnte in internen Belangen von St.Moritz nicht angerufen werden, um die Vorstellungen der Gemeinsamkeit wirtschaftlicher und sozialer Interessen zu behaupten. Die Arbeitsteiligkeit, welche der Tourismus herstellte, die Unterschiedlichkeit der wirtschaftlichen Beziehungen, welche verschiedene Einheimische mit den Gästen eingehen konnten, zwangen dazu, die soziale Schichtung der örtlichen Gesellschaft anzuerkennen.

Parteilpolitische Zugehörigkeiten und soziale, berufliche, konfessionelle, familiäre sowie andere Hindergründe und Verquickungen (deren Ausdruck erstere eben nur bedingt waren) bestimmten in den auch politisch wechselvollen Zwischenkriegsjahren die Resultate der Kandidaten anlässlich von Wahlen in die Gemeindebehörden. Die Parteien vermochten die Gemeindepolitik zu monopolisieren, wenigstens insofern, als nur Kandidaten aus ihren Reihen oder Parteilose mit der Duldung eines Teils der parteilichen Gefolgschaft in kommunale Ämter gewählt wurden. Gleichzeitig blieben aber personenbezogene Kriterien als politische Argumente wirksam, welche nichts mit der freiwilligen Zugehörigkeit zu einer Partei zu tun hatten. Vielmehr belegen sie ein paralleles und vermisches Funktionieren von sozialen Klassifizierungen, welche durch die groben Einteilungen nach Parteien nicht obsolet gemacht, sondern bloss überdeckt wurden, bisweilen aber auch beson-

8 Vgl. fE vom 10. und vom 20.März 1925. Vgl. auch fE vom 13. März 1928, wo dieses Thema wieder aufgenommen wird.

ders deutlich zutage treten konnten. Heftige Stellungnahmen veranlass-ten diese parteipolitischen und sozialen Fragen immer; verständlich ist die Heftigkeit vor dem Hintergrund der Oberengadiner Wirtschaft. Der Tourismus und besonders die Hotellerie waren selbst immer wieder 'Wahlkampfthema'. Sehr aufschlussreich sind in dieser Hinsicht die Wahlen von 1928, welche übrigens der Olympischen Winterspiele wegen nicht am traditionellen Datum vorgenommen werden konnten: *«Gemeindebehörden und -angestellte waren sehr beschäftigt.»* (fE, 24. Februar 1928) Zu diesen Wahlen erschien in der Presse ein Inserat, das signiert war mit *«viele Hoteliers aus St.Moritz»* und das als *«wichtigste Erwerbsgruppe des Ortes»* freisinnige und einen 'wilden' Kandidaten vorschlug. Und mindestens ebenso klar ist die Stimme, welche sich 1931 zum politischen Wort meldete. Der örtliche Handels- und Gewerbeverein nahm eine Gemeindegewahl zum Anlass, um seine vermehrte Einmischung in die Gemeindepolitik anzukündigen: *«In seiner ausserordentlichen Generalversammlung vom 18. Juni 1930 hat sich der H.u.G.-V. grundsätzlich dahingehend ausgesprochen, sich in Zukunft in vermehrtem Masse auch mit politischen Fragen zu befassen und den Vorstand zu ermächtigen, in dieser Richtung tätig zu werden.»* (eP, 5. Februar 1931) Dass das Verhältnis zwischen Dorfpolitik und Wirtschaft bei aller Parallelisierung ein hierarchisches war, zeigt die Tatsache, dass die 'touristische' und die 'politische Zeit' auseinandergehalten waren: die ordentlichen Gemeindegewahlen fanden am Ende der Wintersaison (und ab 1932 zwischen Sommer- und Wintersaison) statt. Die ursprünglichen Wahltermine gehen zwar auf vor-touristische Usanzen zurück, sie kamen dem Fremdenverkehr aber sehr entgegen. War diese Trennung wegen Ersatzwahlen oder langen Wahlkämpfen nicht säuberlich aufrechtzuhalten, musste die Zeit für politische Auseinandersetzungen zum Bedauern der Betroffenen der beruflichen Beschäftigung abgespart werden. Der Fögl d'Engiadina vom 6. Januar 1922 kündigte die Propaganda für die Gemeindegewahlen entsprechend an: *«Sie werden politische Lebhaftigkeit im Ort bewirken, der gegenwärtig sehr wenig Zeit hat für solche Sachen, da Hochsaison ist. Aber auch diese Dinge müssen erledigt werden, und dass sie ohne Kampf abgehen, ist nicht zu erwarten.»*

Zwei weitere Beispiele sollen noch einmal vorführen, wie umstritten Wahlen in der Gemeinde St.Moritz jeweils waren, wie dabei immer in besorgtem Hinblick auf die Hotellerie, in Anbetracht der beruflichen Situation der Kandidaten und bezüglich der beherrschenden Stellung der Parteien in der Dorfpolitik argumentiert wurde und wie dabei ausserdem auch der Vorgang der Wahlen selbst thematisiert werden

konnte.

Anlässlich der Ersatzwahlen für Bernhard Tratschin<sup>9</sup>, — der in den letzten Amtsperioden *«stets als ... 'Wilder' portiert und auch als solcher gewählt worden war (eP, 1. April 1930)* — in den Gemeinderat von St.Moritz am 6. April 1930, erreichten weder Fratschöl als Kandidat der freisinnigen Partei noch der von der Sozialdemokratischen Partei und von der Arbeiter-Union portierte Christian Jecklin genügend Stimmen, so dass ein zweiter Wahlgang nötig wurde. Stimmen hatten ausserdem erhalten *«der Kandidat des Bades, Herr [Malermeister] Mühlbauer (wild) mit 31, Herr Dr. jur. De Giacomi mit 19.» (eP, 3. April 1930)* Aus dem Rennen gefallen war auch der 'wilde' Kandidat Giuseppe Rizzoli, der bloss 14 Stimmen auf sich vereinigt hatte, der aber wie Fratschöl von Gewerblern portiert worden war. Für diesen war mit dem Argument Propaganda gemacht worden, die Hoteliers seien trotz des Todes von Tratschin genügend stark im Gemeinderat vertreten und ein Vertreter von Handel und Gewerbe stünde der Behörde gut an. (Vgl. eP, 29. März 1930) Rizzolis Anhänger meldeten sich ebenfalls in der Presse zu Wort und betonten, dass nicht der Vertreter einer Partei Nachfolger Tratschins werden solle, sondern eben ein Parteiloser (vgl. eP, 1. April 1930). Dieses Argument war ein doppeltes: es richtete sich sowohl gegen die Person Fratschöls als auch gegen die dominierende Rolle, welche Parteien im politischen Alltag der Kommune spielten. Kompliziert wurden die Verhältnisse noch dadurch, dass die Sozialdemokraten zwischen den beiden Wahlgängen zum Wahlmodus an sich Stellung nahmen und sich für die Einführung des Proporztes einsetzten (vgl. eP, 10. April 1930). Gewählt wurde schliesslich der Bahnbeamte Christian Jecklin. Seine Wahl und seine berufliche Tätigkeit gefährdeten zwar nicht grundsätzlich das Kräfteverhältnis der Gemeinde St.Moritz, sie deuten aber auf die Zersplitterung der bürgerlichen Stimmen hin, die sich unterschiedlichen Fraktionen verpflichtet fühlten und dadurch der sozialdemokratischen Opposition einen Sitzgewinn ermöglichten.

9 In einem Nachruf charakterisierte die Engadiner Post den Verstorbenen anhand seiner engen und vielfältigen Beziehungen zum Tourismus, wenn sie schreibt, dass der 1872 in seiner Heimatgemeinde Samedan geborene Bernhard Tratschin ab den 80er Jahren (unter der Leitung von Herrn Thomas Fanconi) einen praktischen Lehrgang im Hotelgewerbe absolvierte; bis 1898 war er teils im Hotel Viktoria in St.Moritz-Bad, teils in den Fanconi-Hotels in Nervi tätig. Danach Heirat mit der Hotelierstochter Anna Calonder und Übernahme des Hotels Roseg. Nach der Eröffnung des Hotels Calonder (1903) führte er dieses, bis er es eineinhalb Jahre vor seinem Tod käuflich erwarb. Während der letzten 15 Jahre seines Lebens hatte Tratschin im Gemeinderat gesessen. Anlässlich seiner Wiederwahl von 1925 hatte der Fögl d'Engiadina (17. März) mit Genugtuung notiert, dass *«die Hotellerie ... mit Herrn Tratschin [über] einen weiteren Vertreter [verfügt], was für einen Ort wie St.Moritz auch gerechtfertigt ist.» (eP, 1. April 1930)*

Anlässlich einer weiteren Ersatzwahl im selben Jahr, provoziert durch den Wegzug eines demokratischen Mitgliedes der Behörde, schlug die Demokratische Partei den PTT-Beamten Arno Giovanoli vor, und dies, *«obwohl man in weiten Kreisen die Meinung vertritt, es sitzen nun gerade genug Staatsangestellte im Rate»*. In der selben Nummer der Engadiner Post vom 19. Juni 1930, in der diese Ansicht zitiert wurde, liess die Demokratische Partei per Communiqué folgendes verlauten: *«Nachdem die übrigen politischen Parteien von St.Moritz bis heute keine Stellung zur Wahl genommen haben und damit den Sitz gerechterweise den Demokraten überlassen, dürfte die Kandidatur Giovanoli unbestritten sein. Wir möchten dennoch alle Mitglieder und Interessenten bitten, durch den geschlossenen Aufmarsch zur Urne Giovanoli zu einer ebrenvollen Wahl zu verhelfen.»* Und in ihrer Versammlung vom selben Tag beschlossen die freisinnig-demokratische und die sozialdemokratische Partei 'Stimmfreigabe' (vgl. eP, 21. Juni 1930). Obwohl die Parteien die Wahl Giovanolis eigentlich untereinander abgesprochen hatten, schienen sie zu wissen, dass auch dieses Mal mit einer Überraschung zu rechnen war, denn am 21. Juni 1930 war auch ein Communiqué in der Engadiner Post abgedruckt, das sich um die Wahl Giovanolis Sorgen machte und Bezug nahm auf die Ersatzwahl vom vergangenen April:

*«Wie gerüchteweise verbreitet wird, soll von unbekannter Seite im letzten Augenblick eine Sprengkandidatur gegen den Kandidaten der Demokratischen Partei, in der Person des Herrn Rizzoli aufgestellt worden sein. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob Herr Rizzoli eine event. Wahl annimmt; bei der letzten Gemeinderatswahl vor wenigen Wochen hatte Herr Rizzoli eine Wahl bestimmt abgelehnt, dagegen möchten wir alle Wähler bitten, diesem Manöver keine Folge zu leisten. Das Mandat gehört unbestreitbar den Demokraten; die Freisinnige Partei St.Moritz hat dies auch anerkannt. Unser Kandidat Arno Giovanoli, als gebürtiger Engadiner, kennt Land und Volk, ist mit unseren Verhältnissen aufs innigste verknüpft, und es wäre ein Akt der Ungerechtigkeit, wenn dieser Mann das Opfer eines privaten Sprengkandidaten würde. Wähler, lasst Euch nicht irreführen, und stimmt geschlossen für unseren Kandidaten Arno Giovanoli.»* (eP, 21. Juni 1930)

Gewählt wurde diesmal, aber ebenfalls erst in einem zweiten Urnengang, dennoch der Malermeister Giuseppe Rizzoli aus St.Moritz Bad. Er setzte sich mit 174 (und also auch mit freisinnigen) Stimmen gegen den demokratischen Kandidaten durch, auf den 140 Stimmen entfielen. Die Treue der Parteigänger war demnach nicht absolut; trotz Einigkeit der Spitzen der politischen Organisationen am Ort gelang es einem *«Wilden»*, sich gegen Parteikandidaten durchzusetzen. Möglicherweise zeigt

sich aber auch in dieser Wahl die vorherrschende Rolle der Parteien: Wenn nämlich die Mitglieder der Freisinnigen (und Sozialdemokratischen) Partei entgegen der offiziellen Parole stimmten, taten sie es vielleicht gerade in der Absicht, die Demokraten zu schwächen. Auch die ›Wilden‹ gaben den Parteien Gelegenheit, ihre Strategien anzuwenden, ihren Kampf gegeneinander auszutragen. Und ausserdem war Rizzoli gar nicht so 'wild'. Schon zu den Wahlen im nächsten Jahr erschien er nämlich auf der freisinnigen Liste, auf welcher er dann im Gemeinderat bestätigt wurde.

### *Gewählte Gemeindebehörden*

Die Gemeindewahlen im St.Moritz der Zwischenkriegszeit waren also jeweils umstrittene Anlässe, welche immer wieder Diskussionen erzeugten, die über personelle Fragen und solche der Parteienstärke hinaus ein meist implizites und manchmal ausgesprochenes lokales Selbstverständnis vorführten. Kritik an den Kandidaten und Lob für sie wurden hauptsächlich in Hinblick auf ihr Verhältnis zum Tourismus oder zu einem davon abhängigen Gewerbe formuliert; die selbst in der Hotellerie tätigen Mitglieder der Gemeindebehörden wurden gezählt und die Zahlen als zu tief oder zu hoch bewertet. Die heftigen ökonomischen Bewegungen waren so selbstverständlich der Hintergrund aller Wahlen, dass es oft nicht einmal notwendig wurde, ihn zu nennen — gleichzeitig war aber auch das Wissen um die Abhängigkeit vom kantonalen, nationalen und vor allem weltweiten Aussen in St.Moritz so gross, dass nie die Illusion aufkam, ein grundsätzlich anderes politisches Kräfteverhältnis könnte den Gang der lokalen und regionalen Wirtschaft positiv beeinflussen.

Trotz der Heftigkeit, mit welcher Wahlkämpfe teilweise geführt wurden, und in Einklang besonders mit den Wahlen von 1922 und 1937, als alle Parteien eine gemeinsame Kandidatenliste für die Bestellung der Gemeindebehörden unterzeichneten, lassen sich die Wahlergebnisse in St.Moritz als Ausdruck politischer Stabilität charakterisieren. Bloss zwei Präsidenten standen zwischen den beiden Weltkriegen (und über diese hinaus) der Gemeinde vor, der freisinnige Christian Gartmann (von 1906 bis 1926) und der parteilose Carl Nater (zwischen 1926 und 1949).

Tabelle 11: Personelle Zusammensetzung des St.Moritzer Gemeindevorstandes zwischen 1922 und 1940 (ordentliche Wahltermine: alle drei Jahre nach 1922)

	Gemeindepräsidenten	Vorstand	Vorstand	Vorstand	Vorstand
1922	Gartmann (freisinnig)	Suter (demokratisch)	Bon (freisinnig)	Winkler (freisinnig)	Tröger (demokratisch)
1922	—	—	—	—	Vassali (freisinnig)
1925	“	“	”	“	Conrad (freisinnig)
1926	Nater (parteilos)	—	—	—	—
1928	“	”	Spiess (freisinnig)	“	”
1931	“	”	“	Huder (freisinnig)	—
1932	—	—	—	Vinzens (freisinnig)	—
1934	“	”	“	”	“
1937	“	”	“	“	”
1940	“	”	“	”	“

Die anderen Mitglieder des fünfköpfigen Gemeindevorstandes spiegelten — mit Ausnahme einer Episode zu Beginn der Zwischenkriegszeit<sup>10</sup> — ab 1922 ein stabiles Parteienverhältnis wider: Drei Freisinnige und ein Demokrat bildeten zusammen mit dem Gemeindepräsidenten die oberste Behörde von St.Moritz. Stabil war aber nicht bloss die parteipolitische, stabil war auch die personelle Zusammensetzung: Der Vertreter der Demokraten wurde ab 1922 bis 1940 in jeder Wahl bestätigt und mit bloss zwei Ausnahmen verblieben alle anderen Gemeindevorstände während mindestens zwei Legislaturen im Amt.

Häufigere personelle Bewegungen und teilweise auch heftigere Auseinandersetzungen als in der Exekutive von St.Moritz — in der ab 1932 die selben fünf Männer sassen und in welche nie ein Sozialdemokrat oder ein Konservativ-christlichsozialer gewählt wurde — gab es in der Zusammensetzung des Gemeinderates. Das Parteienverhältnis wurde in diesem grösseren Gremium nie grundsätzlich erschüttert, bloss allmählich erweiterte sich das Spektrum der vertretenen Organisationen. Erst in den Dreissigerjahren sassen alle lokalen Parteien und Gruppierungen im Rat. Und wenigstens zu Beginn der betrachteten Periode, als

<sup>10</sup> Auf den Fall des als Demokrat gewählten Architekten Tröger, der sofort nach seiner Wahl von 1922 aus Amt und Partei ausgetreten war und den im Gemeindevorstand ein Vertreter des Freisinns ersetzte, wurde schon hingewiesen.

sich die Verteilung der Sitze auf politische Parteien erst herausbildete, hatten diese sogar eine gewisse Durchlässigkeit aufgewiesen: Ein Freisinniger hatte auch schon die 'Wilden' im Gemeinderat vertreten und drei Demokraten waren zu Beginn ihrer politischen Karriere als Vertreter der Fixbesoldeten gewählt worden. Immer hatten Parteigänger mindestens zehn der zwölf zur Verfügung stehenden Sitze inne, und nie verloren eine der Parteien oder die 'Wilden' anlässlich offizieller Wahltermine mehr als einen Sitz.

Tabelle 12: Parteipolitische Zusammensetzung des Gemeinderates von St.Moritz zwischen 1922 und 1940 (ordentliche Wahltermine: alle drei Jahre nach 1922)

	Freisinn	Demokraten	Sozialdemok.	Kons.-christ.- soziale	Parteilose
1922 <sup>a)</sup>	(6) 5	(4) 5	1	–	1
1925	6	5	–	–	1
1927	(-1)	–	1	–	–
1928	5	5	1	–	1
1930		(-1)	1		(-1) 1
1931	6	4	2	–	–
1932	(-1)	(-1)		1	1
1934	4	3	1	2	2
1937	4	3	1	2	2
1940	3	4	1	2	2

a) Gleich nach den Wahlen wurde eine weitere Bestellung notwendig, da ein Gemeinderat in den -vorstand gewählt worden war.

Nur die Wahlen von 1934 brachten den Konservativen zwei Sitzgewinne, nachdem sie drei Jahre zuvor noch überhaupt keinen Vertreter im Gemeinderat gehabt hatten — einer der beiden gewählten hatte allerdings schon anlässlich einer Ersatzwahl im Jahre 1932 in der kommunalen Legislative Einsitz genommen. In den sieben ordentlichen Wahlen und in den durch Rücktritt, Wegzug oder Todesfall notwendig gewordenen Ersatzwahlen zwischen 1922 und 1940 gelang es insgesamt bloss 35 Männern, einen der jeweils zu besetzenden zwölf Ratssitze zu gewinnen. Zwei Gemeinderäte — der Vertreter der Demokraten, Rudolf Jilli, und der freisinnige Müller — wurden siebenmal gewählt, ein anderer, der freisinnige Badrutt, war sechsmal erfolgreich, sechs Männer erhielten für vier ganze Legislaturen genügend Stimmen und vier St.Moritzer nahmen dreimal nach offiziellen Wahlterminen im Gemein-

derat Einsitz. Durchschnittlich wurden die 35 Personen — inbegriffen sind neben den zwölf, die bloss einmal im kommunalen Parlament sassen, auch jene drei, welche 1940 zum ersten Mal gewählt wurden und den Schnitt ihrerseits nach unten drücken — also während ungefähr zweieinhalb Amtsperioden als Gemeinderäte bestimmt. Die Freisinnigen waren mit 16 Vertretern (von denen einer zuvor als 'Wilder' gewählt worden war) über die Jahre am stärksten im Gemeinderat vertreten. Die insgesamt neun Demokraten — ihre Partei war oft fast gleich stark und 1940 sogar mit einer relativen Mehrheit im Gemeinderat — wiesen eine grössere personelle Konstanz auf. Ausserdem sassen über die Jahre vier Sozialdemokraten sowie drei Konservativ-christlich-soziale und ebensoviele 'Wilde' (plus einer, der eine Zweitwahl als Freisinniger schaffte) im Rat.

Tabelle 13: Personelle Zusammensetzung des St.Moritzer Gemeinderates in der Zwischenkriegszeit (ordentliche Wahltermine: alle drei Jahre nach 1922)

	Freisinn	Demokraten & Fixbesoldete	Sozialdemok.	Kons.-chrst.so.	Nicht Organisierte
1922	Badrutt, Domenig, J. Robbi, Vassali, Signorell, Müller	Poltera, Hager, Jilli, Eichholzer	Martinelli	–	Tratschin
1922	–	Peter (Ersatz f. Vassali)	–	–	–
1925	Badrutt, Domenig, O. Christoffel, Müller, B. Robbi, E. Thoma- Badrutt	Poltera, Hager, Jilli, Eichholzer, Fluor	–	–	Tratschin
1927	–	–	Chr. Müller (Ers. f. Thomas-B.)	–	–
1928	Badrutt, Willy, Müller, Spiess, Scheitlin	Poltera, Hager, Jilli, Eichholzer, Fluor	Chr. Müller	–	Tratschin
1930	–	–	Jecklin (Ers. f. Tratschin)	–	G. Rizzoli (Ersatz f. Fluor)
1931	Badrutt, Müller, Rizzoli, Rocco	Poltera, Jilli, Eichholzer, Giovanoli	Chr. Müller, Jecklin	–	–
1932	–	–	–	Mutschler (Ersatz f. Rocco)	† Fasciati (Ersatz f. Poltera)
1934	Badrutt, Müller, Petzi, H. Furrer	Jilli, Giovanoli, Volland	Chr. Müller	Mutschler, Mordasini	Reto Fasciati, Murezzan Andreossi
1937	Badrutt, Müller, Petzi, H. Furrer	Jilli, Giovanoli, Volland	Chr. Müller	Mutschler, Mordasini	Reto Fasciati, Murezzan Andreossi
1940	Müller, Petzi, H. Furrer	Jilli, Giovanoli, Volland, Wilhelm	Hunziker	Mutschler, Baselgia	Reto Fasciati, Murezzan Andreossi

Trotz teilweise heftiger Wahlkämpfe und den nationalen und internationalen politischen Bewegungen kam es im St.Moritz der Zwischenkriegszeit nicht zu Umwälzungen in der lokalen Politik. Auch wirtschaftliche Verunsicherungen und Gefährdungen sowie Diskussionen um zentrale gesellschaftliche Belange wie die Energieproduktion oder den Transport von Menschen und Gütern vermochten die Kräfteverhältnisse im Ort und im Kreis nicht zu destabilisieren. Um so mehr mussten

deshalb schon geringe Verschiebungen im Positionsspiel der Parteien, einzelne Sitzgewinne und -verluste, als denkwürdige Ereignisse und spektakuläre Einbrüche in die Normalität empfunden und kommentiert werden. Dass und auf welche Weise dabei jeweils einzelne Männer den Fokus der Kommentare bildeten, reflektiert meistens die Zentrierung der politischen Angelegenheiten auf ihre wirtschaftlichen Motive. So wurde die Tatsache, dass die freisinnige Partei 1940 zum ersten Mal nach 1922 nicht mehr (allein) die stärkste der in St.Moritz aktiven politischen Organisationen war, zwar mit ihrem taktisch ungeschickten Verhalten vor den Wahlen begründet. (Vgl. eP, 2. April 1940) Vor allem aber war es das Verhalten eines ihrer prominentesten Kandidaten, Hans Badrutt (1876-1953), welches ins Gerede gekommen war. Der Besitzer und Direktor des Palace-Hotels wurde nämlich der Einkaufsgewohnheiten seines Hauses wegen kritisiert. Unter Aufzählung seiner Vorzüge verteidigte ein Brief in der Engadiner Post vom 6. April 1940 den berühmten freisinnigen Hotelier und St.Moritzer Bürger, Enkel des Tourismuspioniers Johannes Badrutt und Neffe des zeitweiligen Gemeindepräsidenten Peter Badrutt (1850-1907), der seit 1922 ununterbrochen dem Gemeinderat angehört hatte. Allerdings bestätigte er dabei gleichzeitig die Vorwürfe, welche zum schlechten Wahlabschneiden geführt hatten:

*«Es wäre eine unverzeihliche Undankbarkeit, wenn Herr Hans Badrutt im nächsten Wahlgang nicht die genügende Stimmenzahl erlangen würde, denn abgesehen von Fehlern, die ... jeder Mensch hat — denn manch einer in St.Moritz bedient sich auch bei der Migros und hat klingenden Namen — sind die Verdienste eines Mannes wie Herr Hans Badrutt unbestritten ...'Bediene Dich am Ort und lasse auch die Leute etwas verdienen, welche mithelfen, die allgemeinen Lasten des Ortes zu tragen', möchten wir Herrn Hans Badrutt und allen denen, welche den gleichen Fehler begehen, zurufen, der Wählerschaft aber von St.Moritz kann nicht aufrichtig genug empfohlen werden, ihre Stimme einem verdienten Manne zu geben, der grossen Anteil daran hat, dass der Begriff St.Moritz in alle Welt hinausgetragen worden ist und heute noch hinausdringt. Dieser Mann ist Herr Hans Badrutt.»*

Wie hier Weltläufigkeit und Lokales vermischt und damit gleichzeitig Vorbedingungen des Tourismus genannt werden, ist um so interessanter, als sich darob auch Regeln für das Verhalten der einheimischen Oberschicht ableiten lassen: es wird die Forderung an die lokalen Potentaten formuliert, sich gemäss ihrem Stand zu verhalten und nicht im Grossverteiler Migros einzukaufen, sondern ihren Verpflichtungen der Basis, dem örtlichen Gewerbe gegenüber gerecht zu werden. In der selben Zeitungsnummer, in welcher das für Hans Badrutt negative

Wahlresultat bekanntgegeben wurde, nahm der vergeblich Verteidigte selbst zu den Angriffen Stellung, deren Berechtigung er rundweg bestritt:

*«1. Das Palace-Hotel ist kein Kunde der Migros A.-G. 2. Wie seit vielen Jahren hat das Palace-Hotel auch diesen Winter soweit möglich in St. Moritz selbst die Waren gekauft, und es ist zu hoffen, dass dies auch weiterhin so beachtet wird. 3. Wir sind weiter informiert, dass das Palace-Hotel in normalen Zeiten im Kanton (für Lieferanten und dem Fiskus) jährlich ca. 1'000'000 Fr. bezahlte.» (eP 9. April 1940)*

### *Kreiswahlen*

Die sich verstärkende Kontrolle der Parteien über das politische Verhalten der Oberengadiner Bevölkerung, die Anpassung der Formen öffentlicher Auseinandersetzung an städtische Vorbilder, wurde am Beispiel der Gemeindewahlen von St. Moritz vorgeführt. Dass dieselbe Tendenz auch für jene politischen Bereiche gilt, die über die Gemeinde hinaus und vor allem auf das kantonale Niveau reichen, zeigten schon die ersten Kreiswahlen<sup>11</sup> nach dem Ersten Weltkrieg.

*«Die Existenz einer Vielzahl von Organisationen in unserer Talschaft, das politische Leben ganz allgemein und besonders die wirtschaftliche Unzufriedenheit, eine in allen Klassen des Volkes vorherrschende Nervosität und ein lebhaftes Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten in Gemeinde und Kreis, im Kanton und in der Eidgenossenschaft, bringen es selbstverständlicherweise mit sich, dass auch die Wahlen unserer administrativen und regierenden Behörden das grösste Interesse des Volkes auf sich ziehen und einen bedeutenden Moment in seinem Leben darstellen. Und folgerichtig sahen wir dieses Jahr einen eher ungewöhnlichen Wahlkampf, eine agitatorische Lebhaftigkeit ausserordentlichen Ausmasses, eine Beeinflussung des einzelnen Wählers wie noch nie bisher. Die Seele des Bürgers, der mit seinem Stimmzettel die öffentlichen Angelegenheiten nach seinem Gutdünken leitet, wurde gesucht und von allen Seiten und mit vielfältigen Mitteln bearbeitet. Jede einzelne Partei, überzeugt, das Wohlergehen des Volkes auf seine Weise zu fördern, wandte sich mit gedruckten und gesprochenen Worten an sie, um sie für ihre Ziele zu gewinnen. Wir imitierten also virtuos und perfekt die Gepflogenheiten von Grossstädten. Nicht nur die Organisationen mit*

11 Der Kreis, eine der administrativen Grössen zwischen Gemeinde und Kanton (die andere ist der Bezirk, im Falle des Oberengadins der Bezirk Maloja, dem auch der Kreis Bergell angehört), ist zuständig für juristische Belange (Kreisrichter, Friedensrichter), er weist einen Kreisrat auf, bestehend aus dem Landammann (der auch das Gericht und verschiedene Kommissionen präsidiert), den Gemeindepräsidenten und Vertretern jener Gemeinden mit mehr als 1'000 Einwohnern. Die Wahlen in diese Ämter finden alle zwei Jahre statt, gleichzeitig mit der ebenfalls dem Kreis obliegenden Bestellung seiner Abgeordneten ins kantonale Parlament, den Grossen Rat.

*linken Tendenzen, sogar unsere bürgerlichen Parteien adoptierten das neue System, das jene eingeführt hatten, um die Wahlen zu systematisieren und sie möglichst gemäss der eigenen Meinung durchzuführen, in der festen, ehrlichen und wohlerwägten Überzeugung, dass nur die zum Heil führt. Daraus entstand dieser ungewöhnliche und sehr animierte Wahlkampf, der sich sicher auch durch bedauernde Handlungen und widerliche Verdächtigungen auszeichnete, aber das liegt in der Natur der Sache, ist vorübergehend und menschlich, also nicht perfekt, sondern schwach. Die Personen selbst gehen mit unversehrter Ehre aus den Auseinandersetzungen hervor. Die Schlacht ist geschlagen, der Friede sollte ihre Frucht sein.» (fE, 6. Mai 1919)*

Dass die Parteien nicht nur den Ton der Wahlen, sondern auch ihre Vorbereitung nachhaltig bestimmten, ist daraus ersichtlich, dass anlässlich der Kreiswahlen von 1929 eine Institution verschwinden sollte, welche bisher für die Bestellung der Kreisämter unerlässlich gewesen war. Bis zu diesen Wahlen war es nämlich üblich gewesen, dass ein offizieller Vorschlag ausgearbeitet wurde: Anlässlich einer vorbereiteten Versammlung von Delegierten aller Kreisgemeinden in Samedan waren diese Kandidatenlisten jeweils erstellt und die Urnengänge dann aufgrund dieser Propositionen durchgeführt worden. Ein solches Vorgehen — das rückblickend auch die Versuche offizieller Wahlvorschläge in St.Moritz erhellt — war auf Kreisebene mit dem Auftreten der politischen Parteien obsolet geworden.<sup>12</sup> Dennoch meldete sich zu den Kreiswahlen von 1939 in der Presse ein Kommentator folgendermassen zu Wort:

*«Die neuen Kreisstatuten sehen eine solche Versammlung nicht mehr vor. Somit bleibt es den Parteitagungen der politischen Parteien vollständig überlassen, die Listen der Kandidaten aufzustellen. Wer keiner Partei angehört, hat also die Möglichkeit, in der Presse durch Inserate oder Einsendungen Vorschläge zu machen. Und doch bilden die Parteilosen*

12 Der Bezirk behielt unterdessen sein Wahlmänner-System bei, so dass das Zivilgericht erster Instanz, welches auf dieser Ebene bestellt wurde, durch eine alle drei Jahre zusammenkommende Versammlung von Gemeindedelegierten bestimmt wurde. Allerdings berichtete die Presse aus Anlass der Bezirksgerichtswahlen von 1932 im Hotel Sonne von Sils-Maria, dass auch da Überlegungen zum geeigneten Vorgehen angestellt wurden: «Im Schosse einzelner Gruppen der auf das Mittagessen wartenden Wahlmänner hörten wir da und dort die Frage ..., ob nicht eine direkte Wahl der Bezirksgerichte durch das Volk dem bisherigen System der Wahlmännerversammlung vorzuziehen wäre. Gewiss mag eine abstrakte Betrachtung des jetzigen Wahlmodus jene Auffassung zum Teil berechtigen; indessen darf man an der Tatsache, dass es sich um eine schöne alte Tradition handelt, nicht so pietätlos vorbeigehen. Es handelt sich doch um ein Stück Volkspoesie, die unbedingt aus dem hastigen Treiben von heutzutage gerettet zu werden verdient. Und dann darf man nicht übersehen, dass solche Wahlmännerversammlungen gerade in den Gegenden, wo [wie im Oberengadin] die Kreisgemeinde nicht mehr besteht, den Teilnehmern stets eine willkommene Gelegenheit zu einem fruchtbringenden Gedankenaustausch in öffentlichen Fragen mit Vertretern aus anderen Gemeinden und Talschaften bietet.» (eP, 7.Juni 1932)

*den Gewalthaufen der Wähler. Darum wäre die frühere Kreisversammlung, wo die Parteien auch ihre Vorschläge einbringen konnten, dem heutigen System vorzuziehen.» (eP, 2. Mai 1939)*

Dieser demokratische Schreiber — der unerwähnt lässt, dass im Kreis Oberengadin kein Kreistag (wie anderswo üblich) die Stimmberechtigten zusammenführte, da die Kreisgeschäfte an der Urne erledigt wurden — weist darauf hin, dass das Auftreten der Parteien die Veränderung im politischen Funktionieren des Kreises bewirkt hatte. Obwohl er selbst Parteigänger ist, kann er diese Tatsache bedauern. Damit macht er klar, wie sehr die Parteien das politische Leben des Oberengadins bestimmten und dass eine Rückkehr zu den Verhältnissen von vor ihrem Auftreten auch ihm eigentlich unvorstellbar war.

Interessant war aber nicht nur die Rolle der Parteien und ihre relative Stärke, im lokalen Zusammenspiel war auch die lokale Herkunft der Richter und Deputierten von Bedeutung. Als selbstverständlich kann gelten, dass St.Moritz in den zu vergebenden Chargen jeweils gut vertreten war. Allerdings nie so, dass von einer unverhältnismässig starken Präsenz hätte gesprochen werden können. Eher das Gegenteil scheint der Fall gewesen zu sein. Erklärbar ist das einheimischen Stimmen beispielsweise mit der historisch nicht sehr prominenten Rolle, welche St.Moritz im Oberengadin gespielt hatte: *«Vor dem Tourismus war St.Moritz eines der kleinsten Dörfer im Tal. Viel grösser und wichtiger waren S-chanf, Zuoz und auch Sils.»* Dann aber auch mit seiner vergleichsweise heterogen zusammengesetzten Bevölkerung (welche den gewichtigsten Anteil an nicht stimmberechtigten Männern und nicht im Tal gross gewordenen Erwachsenen verzeichnete<sup>13</sup>), die sich nicht gleichmässig für die Belange des Kreises (und des Bezirks) interessierten.

13 Die Eidgenössische Volkszählung von 1930 beziffert für die Wohnbevölkerung des Bezirks Maloja (12'177) den Ausländeranteil auf 3'072 Personen, also auf über einen Viertel. Im Kreis Oberengadin betrug der entsprechende Anteil ebenfalls über 24% (2'567 Ausländer auf 10'511 Einwohner) und in der Gemeinde St.Moritz stieg er auf fast ein Drittel (von den 3'968 Bewohnern waren 1'268 nicht Schweizer Bürger). Und sogar anlässlich der Volkszählung von 1941 betrug der Ausländeranteil in St.Moritz noch mehr als ein Fünftel.

Tabelle 14: St.Moritzer in Funktionen des Kreises Oberengadin

	Grossräte	Grossrats-Suppleanten	Kreisrichter	Kreisrichter-Suppleanten	Friedensrichter Christoffel
1921	Gartmann	Jilli	Hartmann	–	Christoffel
1923	Gartmann	Jilli, Cloetta	Hartmann	–	Christoffel
1925	Gartmann	Jilli, Suter	Hartmann	–	Christoffel
1927	Gartmann <sup>a)</sup>	Jilli, Suter, Müller	–	–	Christoffel
1929	Gartmann	Jilli, Suter	–	H. Vital, Fluor	Christoffel, Gartmann
1931 <sup>b)</sup>	Jilli, Suter	Spiess	–	H. Vital	–
1933	Jilli, Suter, Thoma	Spiess	H. Vital	–	–
1935	Suter, Nater, Thoma	Spiess	H. Vital	–	–
1937	Suter, Nater, Spiess	Meuli	–	H. Vital	–
1939	Suter, Spiess	Meuli, Vonmoos	H. Vital	L. Vital	Robbi

a) Die ebenfalls erfolgte Wahl Jillis wurde falsch ausgefüllter Stimmzettel wegen nachträglich rückgängig gemacht.

b) Zum ersten Mal waren anlässlich dieser Wahl im Kreis Oberengadin 8 (vorher: 6) Grossratsitze und 5 (3) Suppleantenmandate zu vergeben.

Und schliesslich schien man in St.Moritz den im Kreis zu vergebenden Ämtern und Würden auch eine bloss relative Bedeutung beizumessen. Einzig die Grossratsitze, für welche der Kreis die Wahlkonskription bildet, waren von unbestrittener Wichtigkeit. Die Bestimmung der Vertreter in Chur war denn auch der jeweils mit der grössten Spannung erwartete Teil der Kreiswahlen. In den Dreissigerjahren entsprach die Zahl der aus St.Moritz kommenden Deputierten in die kantonale Legislative ziemlich genau dem Anteil der Gemeinde an der Einwohnerzahl des Kreises, also einem guten Drittel.

Aber nicht nur auf regionaler und auf kantonaler Ebene wollten Vertreter der oberengadinischen Wirtschaft und im besonderen der Hotellerie ihren Einfluss geltend machen. 1939 versuchten gleich zwei St.Moritzer, die schon im Grossen Rat sassen, ins nationale Parlament gewählt zu werden — beide allerdings erfolglos — : der demokratische Apotheker Willy Suter und der freisinnige Direktor des Posthotels, Emil Spiess, der schon 1935 auf der Wahlliste für den Nationalrat figuriert

hatte. Die lokale Propaganda für diese beiden Kandidaten betonte weniger ihre parteipolitische Zugehörigkeit als vielmehr ihre Verbundenheit mit der Hotellerie. Sie wollten damit im nationalen Kontext zu Vertretern des Ortes und des Tals werden, welches sich also auf dieser übergeordneten Ebene momentan und personifiziert als eine Einheit verstehen konnte.

### *Verfassungen*

Auch auf der Ebene der Kommunen und der Region hatten die engen personellen und strukturellen Verquickungen des wechselhaften wirtschaftlichen Alltages mit der umstrittenen politischen Normalität den Status der Natürlichkeit. Diese lokale Normalität determinierte Vorstellungen und bildete den Horizont kollektiver Selbstverständnisse. Den Vertretern des Tourismus waren dabei die Forderungen nach adäquater Repräsentierung in der örtlichen Offizialität ebenso selbstverständlich wie den Sozialdemokraten die Rücksichtnahme auf den Verlauf wirtschaftlicher Konjunkturen. Während den Gemeindewahlen von 1934, also mitten in der nachhaltig verspürten weltwirtschaftlichen Krise, konnten letztere deshalb ankündigen, ihren Forderungskatalog der aktuellen Situation anzupassen und den gewerkschaftlichen und parteipolitischen Kampf so lange aufzuschieben, als die Hotelgäste nicht wieder in grösseren Zahlen im Engadin auftauchten (vgl. eP, 3. März 1934). Die politische Ökonomie des Fremdenverkehrsortes St.Moritz funktionierte in einem Rahmen, über den man sich einig war und an dessen Form allfällige Forderungen angepasst wurden. Der Tourismus war dem sozialen Handeln zugleich Vorbedingung und Ziel, Instrument und zu bearbeitendes Objekt. So offensichtlich waren die politischen und sozialen Ausrichtungen auf ökonomische Bedingungen, dass in der bewegten, krisenanfälligen Zwischenkriegszeit die Verfassung der politischen Gemeinde St.Moritz verschiedentlich auf die sich verändernden Bedingungen eingestellt werden musste. Totalrevisionen wurden geplant und zum Teil durchgeführt, um die Strukturen der Gemeinde beispielsweise neuen demographischen Bedingungen anzupassen. Ausserdem führten die Änderungen der kommunalen Verfassung von St.Moritz die Modernisierung des politischen Lebens weiter, welche mit dem Auftreten der politischen Parteien eingesetzt hatte. Schon im Dezember 1918 wollte die Gruppierung der Fixbesoldeten — allerdings vergeblich — eine Totalrevision der Gemeindeverfassung vornehmen lassen. Als die Demokraten 1919 ihrerseits die Arbeiten zu einer entsprechenden Totalrevision veranlassten, äusserte sich der Fögl d'Engiadina folgendermassen zu den geplanten Neuerungen, von denen vor

allem die einzuführende Urnenabstimmung zu reden gab:

*«Dann würde die Gemeindeversammlung, wenn nicht ganz, so doch bis zu einem hohen Grad, überflüssig, wie es auch in grösseren Orten der Fall ist. Die Abstimmungen würden nach dem Urnensystem abgehalten. Wir glauben, dass es für St.Moritz kein Vorteil wäre, die Gemeindeversammlung abzuschaffen. Das öffentliche Interesse für die Gemeindeangelegenheiten ist schon jetzt sehr schwach, es würde sich noch mehr vermindern. St.Moritz ist noch zu klein für ein System, das besser zu grösseren Orten passt. Dass allerdings die Abstimmungen zahlenmässig profitieren würden, ist klar.» (8. Oktober 1920)*

Im Herbst 1921 war die Revision der Verfassung noch immer nicht beschlossen, aber in drei Ausgaben des Fögl d'Engiadina (21. und 18. Oktober sowie 1. November 1921) wurde der Verfassungsvorschlag ausführlich vorgestellt und am 4. Dezember desselben Jahres von den Stimmberechtigten schliesslich angenommen. Geändert wurden an der bisher gültigen Konstitution von 1894 hauptsächlich die Zahl der Gemeindevorstände, die Dauer der Gemeindevorstande und eben der Abstimmungsmodus für Sachgeschäfte. Neu sollte der Gemeinderat, der nun nicht mehr zwei, sondern drei Jahre im Amt blieb, aus 17 Mitgliedern bestehen (12 Gemeinderäte und die 5 Mitglieder des Gemeindevorstandes). Bisher hatte er sich aus 11 Mitgliedern, 4 Suppleanten und den 5 Gemeindevorständen zusammengesetzt. Im Gemeindevorstand hatten umgekehrt die 4 Suppleanten des Gemeinderates Einsitz genommen. Eine Vermischung von kommunaler Exekutive und Legislative sollte sich also auch in der neuen Verfassung halten.<sup>14</sup> Die steigenden Einwohnerzahlen hatten es — sehr zum Bedauern einiger Stimmen — notwendig gemacht, dass auch die Entscheidung in Sachgeschäften an der Urne und nicht mehr in Versammlungen erfolgen musste. Diese Modernisierung erlaubte es vor allem den oppositionellen Kräften, sich anonym und deshalb ohne Angst beispielsweise vor patronalen Repressionen zu äussern. Es waren hauptsächlich die Demokraten und die Sozialdemokraten, welche sich an den Urnenentscheiden interessiert zeigten, denn ihnen ermöglichte die Anonymisierung der Stimmen einen leichteren Einstieg in die kommunale Politik als wenn sie sich der Kontrolle und dem Druck einer offenen Entscheidung hätten aussetzen müssen. Als dann auch der Fögl d'Engiadina die Nützlichkeit der neuen Verfassung lobte, fand der Journalist übrigens wie selbstverständlich Gelegenheit, in diesem Zusammenhang die Hotellerie zu thematisieren: *«Wenn das neue Gemeindevorstandesreglement nun auch für die Hotellerie und die Hotels sorgen könnte, dann wäre man*

<sup>14</sup> Erst 1990 wurden in der Gemeinde St.Moritz Exekutive und Legislative endgültig getrennt. (Vgl. Wieser 1992:594)

*eine grosse Sorge los. Die Hotellerie scheint aber wieder einem ziemlich problematischen Sommer entgegenzugehen, da sie Opfer der Wechselkurse und der hohen Bahnpreise ist.* (5. Mai 1922) Damit war die eigentliche Sorge des Schreibenden benannt. Wichtiger als die nun erledigte Neuordnung der Gemeinde war deren wirtschaftliche Gesundheit. Dennoch provozierte schon 1930, also bloss acht Jahre später, ein diesmal freisinniger Vorstoss eine weitere Revision der Gemeindeverfassung, die hauptsächlich Kriterien der Wählbarkeit, das Wahlverfahren, die Kompetenzen des Gemeinderates und den Schulrat betrafen. Angenommen wurde dann am 4. Dezember 1931 ein Gegenvorschlag des Gemeinderates, der weiter ging als die Initiative und auch den Wahltermin betraf (Verlegung vom Frühjahr in den Herbst), den Beginn des Amtsjahres (neu am 1. Januar) und einige Kompetenzen des Gemeinderates (die kaum bestrittene Erhöhung der Ausgabenzuständigkeit von 10'000 auf 20'000 Franken). Diese neuerliche Modernisierung der rechtlichen Grundlagen des politischen Funktionierens der Gemeinde war schliesslich deshalb unbestritten, weil ihre touristische Notwendigkeit einleuchtete.

### **Schulprobleme**

Ebenso stark wie personelle und parteipolitische Fragen sowie Strukturbereinigungen waren es Sachgeschäfte, welche — in Verbindung zu ersteren und teilweise als ihr Ausdruck — die politischen Auseinandersetzungen im Oberengadin auf regionaler Ebene prägten. Einige dieser Probleme wurden schon vorgeführt: hinsichtlich aufeinanderzutreffender kollektiver wirtschaftlicher Interessen, beispielsweise anlässlich des Streits um die Nutzung der Bergeller Wasserkraft, und anhand divergierender Vorstellungen über die Modernisierung eines so wichtigen gesellschaftlichen Bereiches wie des Transportes von Menschen und Gütern. An einem weiteren Gegenstand soll nun kurz die Art der politischen Auseinandersetzung in der Gemeinde St.Moritz veranschaulicht werden, um so einen Einblick zu bieten nicht nur in die Personalpolitik, sondern auch in die Prioritäten des öffentlichen Denkens und in seine Bedingtheit durch soziale und ökonomische Voraussetzungen.

Ein Problem, welches St.Moritz zwischen den beiden Weltkriegen einige Zeit und aus verschiedenen Anlässen beschäftigte, war die Organisation des Schulwesens. An ihm lassen sich — unter Wiederaufnahme verschiedener bisher angesprochener Themen, aber in noch engerer Verbindung zu ihnen — Einschätzungen des Verhältnisses zur Hotellerie und einige ihrer Folgeerscheinungen nachvollziehen. So spie-

gelte sich in den Problemen des Schulbetriebes beispielsweise das Wachstum der Gemeinde wider, gleichzeitig gaben sie aber auch soziale Qualitäten dieses Wachstums und der zunehmenden Differenzierung der Ortsbevölkerung an und zwangen die Diskutierenden, Vorstellungen von der Geschichte, der Gegenwart und der Zukunft von St. Moritz zu formulieren.

### *Schulhäuser*

Ein Leserbrief, der in der Engadiner Post vom 28. Juli 1931 gegen die wegen Platzmangel im alten Schulhaus erwogene ‹Trennung der Primarschule in Bad und Dorf› Stellung nahm, führte unter anderen soziologische (konfessionelle, sprachliche) sowie touristische Argumente ins Feld:

*‹Unsere Schulverkehrssprache ist Deutsch, d.h. alle unsere Schüler, gleich ob Romanen, Italiener oder andere, verkehren miteinander in deutscher Sprache. Der Deutschsprechende ist der numerisch Überlegene, gibt den Ton an und zwingt Assimilation auf; schliesslich hat sich unser ganzer Unterricht unter diesem naturgewaltigen Druck biegen müssen, sodass wir heute in St. Moritz eine rein deutsche Schule haben. So sehr diese Tatsache vom Standpunkt als Engadiner und Romane zu bedauern ist, so sehr ist sie vom praktischen Standpunkt aus zu begrüßen. Dieses Unterrichtssystem ermöglicht am besten, für den heutigen Lebenskampf bewegliche und tüchtige Menschen heranzubilden. Die Romanen und Italiener sind es, die dabei profitieren, indem sie leicht und unbemerkt eine Hauptsprache erlernen, die für sie von entscheidender Bedeutung ist.›*

Gegen die Trennung der Schule äusserte sich der Briefschreiber A.C. (Arthur Caflisch, der Schriftsteller, welcher zwischen 1923 und 37 an der St. Moritzer Primarschule unterrichtete) auf diese Weise, weil vor allem die italophonen Schüler aus dem Dorfteil Bad weniger gut Deutsch lernen würden, da sie nicht mehr unter dem förderlichen Einfluss von muttersprachlich deutschen Schülern stünden. Und dadurch, so die Befürchtungen, hätte die geplante Schultrennung den ‹Gegensatz Dorf-Bad in unheilvoller Weise› verschärft. Dies schon deshalb, weil die Unterschiede der Sprache und des Wohnortes auch mit anderen zusammenfielen: *‹Über kurz oder lang müsste die Trennung zur konfessionellen Schule führen, ein Faktor, der zur Befriedung einer politischen Gemeinde ebenfalls nicht sehr geeignet wäre. Eine Badschule, in der Hauptsache von italienischen Schülern besucht, könnte Anlass zu sehr unerwünschter Einmischung ausländischer Tendenzen führen.›* Als letzten, wohl aber nicht geringsten, Grund für die Beibehaltung einer einzigen Schule führt A.C. *‹vom Standpunkt des Kurortes›*

folgendes an:

*«Aus dem Gesagten geht hervor, dass bei einer Trennung die Schule im Dorf von unseren Leuten stark bevorzugt würde. Das hätte zur Folge, dass manche Eltern mit Rücksicht auf ihre Kinder vom Bad nach dem Dorf übersiedelten. (Ich persönlich würde es auch tun.) Die Wohnungen im Bad müssten an Marktwert verlieren, und das St.Moritz-Bad wäre des allmählichen Verlassenwerdens ausgeliefert, gerade in dem Moment, wo man mit grossen Aufwendungen an den Wiederaufbau herangehen will. Das hiesse wahrlich: Oben aufbauen und unten niederreißen; denn offen gestanden: vom Standpunkt der Kurortsinteressen aus kann es nicht so ganz gleich sein, was für Leute im neuaufgemachten Bad wohnen.»*

Hatte der Autor die Germanisierung der Gemeindeschule, und damit die touristische Industrialisierung des Ortes, noch als Produkt eines «naturgewaltigen Druckes» bezeichnen können, so schienen ihm die weiteren Entwicklungen von St.Moritz dagegen als durchaus lenkbare. Die Vorteile der Beherrschung der deutschen Sprache bestanden in ihrer praktischen Nutzbarkeit im 'Lebenskampf'. Die Nachteile einer allzu starken Präsenz italophoner Arbeiter und Angestellter dagegen entsprangen dem Kontrast zu den Vorstellungen exklusiver Freizeitgestaltung, welche der Ort den Gästen ermöglichen wollte. Was sich in der Einschätzung der relativen Nützlichkeit zweier Sprachen zeigte, war nicht eine Bewertung dieser Sprachen und der Kultur ihrer Sprecher, sondern der Wunsch nach einem Gewerbe, welches die ihm notwendigen Arbeitskräfte vor allem als solche, nicht aber als Teilnehmer am sozialen Leben verstehen darf. Es ist nicht vor allem eine — nach der Germanisierung — weitere sprachliche Majorisierung der Romanen, welche befürchtet wurde, sondern eine soziale Veränderung der Wohnbevölkerung im Ferienort. Das (erfolgreiche) Verhindern des Eindringens der italienischen Sprache in die institutionelle Officialität der Gemeinde war eigentlich das Bemühen darum, Teile der dem Funktionieren des Tourismus notwendigen Arbeit unsichtbar zu belassen. So wie die Hotelangestellten während ihrer Arbeitszeit sichtbar sein sollten — wenigstens jene, welche ihre Dienste in direktem Kontakt mit den Gästen verrichteten —, sonst aber möglichst aus dem Bild des Ortes ausgeschieden wurden — die segregierte Wohnweise, saisonale und tägliche Arbeitszeiten, Gebote und Verbote, soziale Hemmungen und finanzielle Möglichkeiten trugen dazu bei (vgl. Fischbacher 1991) —, so sollten die Angestellten von Zulieferbetrieben, welche festen Wohnsitz in St.Moritz hatten, möglichst nicht das freizeitliche Bild des Oberengadins stören. Vertreter auch nur indirekt mit dem Fremdenverkehr verbundener sozialer Gruppen — wie eben beispielsweise die

Lehrerschaft — konnten sich darüber besorgt zeigen, dass die Industrialisierung des Tourismus diesen selbst wieder gefährdete, wenn die Notwendigkeit von Infrastrukturen bestritten wurde, die nicht den Gästen dienten. Dass diese Probleme aber auch als pädagogische formuliert werden konnten (mit allerdings ihrerseits weit über den schulischen Bereich hinausweisenden Auswirkungen), zeigte eine öffentliche Intervention des St.Moritzer Schulrates, der sich am 30. Juli 1931 in der Engadiner Post zu Wort meldete, ebenfalls gegen die Trennung der Schule sich aussprechend und die Sprachenfrage zu einem zentralen Punkt seiner Ausführungen machend:

*«Da [im eventuell zu bauenden Badschulhaus] vor allem das italienische und romanische Element (70 bis 80%) [vertreten wäre], so liegt es auf der hand, dass die Verdrängung des Deutschen stattfindet, und das liegt weder im Vorteil der Kinder deutscher noch italienischer und romanischer Zunge, wenn auch die Eltern italienischer Nationalität auf die Erlernung des Deutschen nicht so viel Gewicht legen wie die Bergeller und Puschlaver. Naturgemäss müsste die Badschule in sekundären Rang verfallen, sie könnte der Dorfschule nicht standhalten. Die Folge bestände darin, dass die bessern Schüler wegblieben, und auch diejenigen, deren Eltern es um eine möglichst gediegene Erziehung ihrer Kinder zu tun ist. Wir kennen jetzt schon eine Anzahl Eltern, die ihre Kinder von Anfang an nicht in die Schule ins Bad schicken würden. Die weitere Folge: Kampf, Unzufriedenheit, Dissonanzen, die grössere Nachteile nach sich ziehen würden, als man sich heute ausdenken mag. Das haben wir wahrlich nicht nötig!»*

Der Schulrat kam aus diesen Gründen - die sich auffälligerweise auch auf die Trennung der italienischsprachigen Bevölkerung in einen schweizerischen (bündnerischen) und einen italienischen Teil stützten — zu folgenden Schlüssen: Er *«lehnt eine Trennung der Schule nach Dorf und Bad ab. Von einer Erstellung eines Primarschulhauses in St.Moritz-Bad und der Schaffung von italienischen Klassen sollte abgesehen werden.»* Offensichtlich hatte also die Forderung bestanden, die italienischsprachigen Kinder in ihrer Muttersprache zu unterrichten. Da schliesslich kein italophoner Lehrer angestellt wurde, rief dann das italienische Konsulat die Schule und Weiterbildungsstätte 'Dopo Lavoro' ins Leben, um ihren Staatsbürgern die Möglichkeit eines Kontaktes mit der Kultur ihres Herkunftslandes zu bieten. (Vgl. Brunies 1970) Was das offizielle St.Moritz seinen italienischsprachigen Einwohnern verwehrte, suchten diese — wenigstens die Italiener unter ihnen — also durch die Einrichtung paralleler Institutionen dennoch zu realisieren.<sup>15</sup>

15 Zur Zeit dieser Diskussionen waren 28% der Bevölkerung der Gemeinde italieni-

Für die Trennung der Primarschule war der Gemeindevorstand eingetreten. Ihm war die Integration und Kontrolle der Bevölkerung und hauptsächlich der Jugend zwar ebenfalls wichtig. Aber er hatte eben auch für die Schulgebäude zu sorgen und war auf so grosse Schwierigkeiten gestossen, im Dorf geeignetes Baugelände zu erschwinglichen Preisen oder Mietmöglichkeiten zu finden, dass ihm der Bau eines Schulhauses im Dorfteil Bad noch als die einfachste Lösung erschien. Ein Angebot für eine Parzelle am See zu einem Quadratmeterpreis von fast 30 Franken schien zu hoch, Verhandlungen über Boden oberhalb des Dorfes scheiterten am Widerstand eines nicht verkaufswilligen Besitzers. Allerdings kreuzte sich der Plan zum Schulhausbau mit touristischen - genauer: verkehrstechnischen - Interessen, denn das Gelände, welches am geeignetsten schien, wurde von der Rhätischen Bahn beansprucht, die erklärte, *«dass, solange das Projekt einer Malojabahn pendent sei, dieser Platz für die Erstellung der Geleiseanlage für den Bahnhof St.Moritz-Bad notwendig sei, und dass man bis zum Entscheid über diese Angelegenheit den Platz reserviert halten müsse.»* (eP, 15. August 1931) Otto Cloetta, der Besitzer der erwähnten, für zu teuer befundenen Parzelle, meldete sich seinerseits in der Presse zu Wort und legte seinen Standpunkt dar, ohne seine finanziellen Überlegungen zu verhehlen: *«Mit Brief vom 25. April 1930 anerkennt der tit. Gemeindevorstand ausdrücklich die zentrale Lage des Platzes. Die Rekurskommission des Grossen Rates hat ihn s.Zt. als den schönsten Punkt am See erklärt. Ich überlasse es nun anderen Bodenbesitzern in St.Moritz, zu beurteilen, ob mein erstmals verlangter Preis von 28 Franken pro m<sup>2</sup> für einen so schönen Bauplatz übersetzt war oder nicht.»* (eP, 22. August 1931)<sup>16</sup> Als dann 1935 eine Parzelle gekauft werden konnte,

scher Muttersprache (1'116 der 3'968 in St.Moritz wohnenden Personen). Der Anteil schulpflichtiger Kinder geht aus den Erhebungen der Eidgenössischen Volkszählung von 1930 allerdings ebenso wenig hervor wie das Verhältnis zwischen italienischen und schweizerischen Italienischsprachigen.

- 16 Ein Rückblick auf die Überlegungen zu einem Schulhausbau in den späten Zwanziger- und frühen Dreissigerjahren schildert die Versuche zum Landkauf, indem er klarmacht, dass es sich bei den in Frage kommenden Landbesitzern um Personen und Familien des engen Kreises von St.Moritzer Einwohnern und Bürgern handelt, welche die Geschicke der Gemeinde nachhaltig mitbestimmten und verschiedentlich auch in Behörden gewählt worden waren: *«Zu jener Zeit wurde heftig um die Frage einer Trennung der Schule zwischen Dorf und Bad diskutiert. Man sah einen Neubau in zentraler Lage zwischen den beiden Dorfteilen vor. Dazu kam der Ankauf des Hotels Bellevue, für das die Gemeinde Fr. 420'000.— bezahlt hätte, oder eine Parzelle in Grevas, die Otto Cloetta gehörte, in Frage. Der Preis von Fr. 375'000.—, den dieser verlangte, war den Gemeindegängern aber zu hoch. Dafür verkaufte er der Gemeinde den Spielplatz und später leider auch den Parkplatz Quadrella für ganze Fr. 35'000.—! Man erwog auch den Bau eines Schulhauses in Salet. Die Gemeinde stand schon in Verhandlungen mit der Besitzerin des Bodens, der Familie Robbi, als die Rhätische Bahn gegen dessen Verkauf Einspruch erhob. Sie hatte diese Parzelle nämlich für den eventuellen Bau einer Station St.Moritz-Bad in*

geschah dies schon wieder im Schatten von Entwicklungen, die in St.Moritz nicht bloss ihre Form, sondern ihre Existenz überhaupt der Hotellerie und dem Tourismus verdanken: Die Privatisierung des Verkehrs, die im Kanton Graubünden so umstritten gewesen war, hatte in den Vertretern der Hotellerie ihre initiativsten Anwälte gefunden. So knapp war der Boden in St.Moritz sogar während ökonomischen Krisen, dass der Schulhausbau mit Plänen zum dringend notwendigen Ausbau des Strassennetzes in der stetig stärker von Autos befahrenen Gemeinde in Konkurrenz kam. Bis das neue Schulhaus, die umgebaute Villa 'Quadrella'<sup>17</sup>, bezogen werden konnte, mussten oder durften Private einen Teil der öffentlichen Aufgabe übernehmen und den fehlenden Schulraum zur Verfügung stellen:

*«Seit Jahren aber herrscht in der Schule wieder Platzmangel, sodass man sich mit provisorischen Schulräumlichkeiten in der Pension Gartmann sowohl als auch im Hause Gaudenzi verhelfen musste. Eine definitive Lösung der Schulhausfrage konnte, trotzdem die Behörden schon verschiedentlich an sie herangetreten sind, bis heute noch nicht gefunden werden. Abgesehen von der Platzfrage wird sie heute wohl auch durch die finanzielle Lage der Gemeinde erschwert und somit eine weitere Verschiebung erfahren müssen. Auch die alle Erwartungen übersteigende Zunahme des Automobilverkehrs hat die Gemeinde vor neue Aufgaben gestellt, und immer mehr zeigt sich die Notwendigkeit einer sogenannten Entlastungsstrasse «Quadrellas», deren Erstellung nun nach erfolgter Expropriation in Angriff genommen werden soll, sobald es die Jahreszeit gestattet. ... [Die Gemeindebehörde] bezeichnet diese Erwerbung ausdrücklich als eine Zwischenlösung, die die endgültige Lösung der Schulhausfrage in keiner Weise präjudizieren soll.» (eP, 14. März 1935)*

### *Konfessionelles*

Die baulichen und sprachlichen Probleme der Dorfschule waren aber nicht die einzigen, welche in diesem Sommer 1931 verhandelt wurden: Konfessionelle Disparitäten, die sich mindestens teilweise mit den sprachlichen deckten, waren ihrerseits Anlass zu Forderungen eines Bevölkerungsteils. Die Katholiken von St.Moritz, die sich vor allem unter der deutsch- und italienischsprachigen Wohnbevölkerung fan-

Aussicht genommen, falls die Bahn einmal bis Maloja verlängert werden sollte! Auch dieses Projekt für eine neue Schule verlief im Sande.» (Margadant 1970)

17 Die Beziehung dieses Schulhauses — dessen Kauf ja auch durch Ausbaupläne der an ihm vorbeiführenden Strasse motiviert war — zum privaten Verkehr hielt bis 1968 an, als die Villa einem Parkhaus weichen musste. Das gegenwärtig in Gebrauch stehende St.Moritzer Schulhaus wurde übrigens 1970 auf jener Parzelle in Seenähe gebaut, welche dem Gemeindevorstand in den Dreissigerjahren als zu teuer erschienen war.

den, fühlten sich schon in den politischen Ämtern untervertreten und wollten nun in der Beamtenschaft wenigstens minimal repräsentiert sein. Im Juli 1931 wählte die Gemeinde drei neue Lehrer. Da von diesen nur einer einen Abgang ersetzte, bedeutete die Wahl eine Vergrößerung der Lehrerzahl.<sup>18</sup> Eine solche war nicht bloss der wirtschaftlichen Lage der Hotellerie und damit des ganzen Ortes wegen problematisch; auch das Wahlergebnis selbst wurde vor dem Hintergrund der sozialen Realität interpretiert und gab zu weiteren Beanstandungen Anlass. Die Katholiken hatten nämlich verlangt, dass mindestens einer der insgesamt 13 Lehrer ihrer Konfession zu sein hätte. Die Begründungen dafür waren statistische, wenn erwähnt wurde, dass die 156 katholischen Primarschüler fast die Hälfte des Gesamtschülerbestandes bildeten; dann aber wirtschaftliche und nationale: das Verhältnis zwischen den Konfessionen wurde am Tourismus dargestellt, wo die protestantische Mehrheit sich durchaus nicht diskriminierend verhalte; und die nationale Einheit der Schweiz wurde ins Feld geführt, um die Notwendigkeit konfessionellen Respekts zu betonen:

*«Wir ... [sind] nicht gewillt ..., weiter eine solche ungerechte Verteilung zu ertragen, da die Lehrkräfte bezahlt werden aus den Schulgeldern der katholischen wie anderer Konfessionen; in unserer Zeit der Not wird das Geld auch von katholischen Gästen von unserer bedrängten Hotellerie gerne angenommen. Es tut uns besonders leid, dass wir diese Behandlung erfahren mussten, fast am Vorabend des Bundesfestes, wo wir als Schweizer alle uns freuen über unser Staatswesen, und wo die Einheit und Brüderlichkeit, in Worten!, so sehr gepriesen werden.» (eP, 1. August 1931)*

Personelle Fragen, welche die Schule zum Anlass hatten, wurden auch dann einigermaßen heftig behandelt, wenn sie nicht die Lehrerschaft betrafen. Die Wahlen in den Schulrat waren in den Dreissigerjahren umstritten — wie 1930, als der Schulrat in corpore zurücktrat, weil gegen seinen Willen ein Lehrer vom Gemeinderat bestätigt worden war — und unter anderem deshalb bedeutungsvoll, weil sie wieder Anlass gaben zur Forderung einer adäquaten Vertretung der beiden Konfessionen im Gremium. Ein erster Versuch, einen Katholiken in den Schulrat zu bringen, war ebenfalls 1930 trotz einer Zweierkandidatur misslungen, also zu einer Zeit, als noch keine politische Partei die spezifischen Interessen des katholischen Bevölkerungsteils verteidigte. Und auch 1935, nachdem christlichsoziale Parteivertreter in den Gemeinderat gewählt worden waren, gelang es dem Kandidaten der konservativ-christlichsozialen Partei nicht, im Schulrat Einsitz zu nehmen. Erst

18 Begründet wurde die Notwendigkeit der Einstellung neuer Lehrer mit den Schülerzahlen: I.Kl. 46, II.Kl. 47, III.Kl. 53, IV.Kl. 47, V. Kl. 30 (vgl. eP, 30. Juli 1931).

1937, anlässlich einer Ersatzwahl und dank der Tatsache, dass keine der anderen politischen Parteien einen Kandidaten ins Rennen schickte, wurde ein katholisches Mitglied in den Schulrat gewählt. Die St.Moritzer Gemeindeschulen zählten damals 361 Schüler, mit 193 bildeten die Katholiken unterdessen sogar eine knappe Mehrheit.<sup>19</sup> Der gewählte Kandidat Genelin war aber nicht nur Katholik, sondern auch Direktor des Hotels Schweizerhof. Die so krass untervertretene katholische Mehrheit fand hier Zugang zu Ämtern in der Gemeinde, indem sie einen ihrer Vertreter vorschlug, der gleichzeitig den wichtigsten St.Moritzer Wirtschaftszweig repräsentierte. Erst eine Strategie, welche auf die wirtschaftlichen Gegebenheiten Rücksicht nahm, führte auch konfessionell bedingte Absichten zum Erfolg.

### *Freizeit*

Die Beziehungen des Schulwesens zum Tourismus waren eng, und zwar personell — im Schulrat sassen immer wieder auch andere Hoteliers als der 1937 gewählte Genelin — wie organisatorisch - zwei wichtige in den Dreissigerjahren vorgenommene Änderungen des Schulwesens wurden nicht zuletzt mit den Bedürfnissen des Fremdenverkehrs und der Notwendigkeit einer Anpassung an diese begründet. 1931 war die Jahresschule eingeführt worden — Unterricht wurde nun nicht mehr ausschliesslich in den Wintermonaten erteilt — und 1938 stellten die St.Moritzer Schulen ihren Betrieb unter gleichzeitiger Verkürzung der Sommerferien auf Frühlingsanfang um. Beide Wechsel hatten insofern mit der Hotellerie zu tun, als sie mit der Verbesserung der Ausbildung begründet wurden, welche angeblich eine unabdingbare Pflicht für einen Touristenort darstellten. Die zweite Änderung wurde ausserdem damit gerechtfertigt, dass die Ferien der St.Moritzer Schüler teilweise in die Zwischensaison fallen sollten, um so den Eltern der Gemeinde ihrerseits Ferien mit ihren Kindern zu ermöglichen. Die Schliessung der Schulen sollte sich dem Rhythmus der Hotelschliessungen anpassen. Vorbild für die Verkürzung der bisher viermonatigen Sommerferien waren hier wieder die mittelländischen Zentren, mit welchen St.Moritz diesmal in positiven Vergleich gestellt wurde: *St.Mo-*

19 Der katholische Anteil an der Gesamtbevölkerung, der zu einem guten Teil von Arbeitern und Angestellten in minderen Positionen gebildet wurde, war den Wechseln der ökonomischen Bedingungen besonders stark unterworfen: 1930, vor der grossen Krise der frühen Dreissigerjahre, waren 2141 Personen der Einwohnerschaft von 3968, also fast 55%, katholischer Konfession. 1941, also schon während des Zweiten Weltkrieges, war dieser Anteil auch wegen Ausreisen von Ausländern (ihre Zahl war von 1368 auf 523, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von fast 35% auf weniger als 22% gesunken) auf gute 47% geschrumpft, denn nur noch 1142 der in St.Moritz lebenden 2418 Personen waren nun katholisch.

*ritz mit seinem Kurortleben, wo Vater und Mutter im Hotel oder Geschäft, in der Werkstatt oder auf dem Bureau usw. arbeiten, darf füglich mit einem Industrieort verglichen werden.» Aus diesen Voraussetzungen und der Beeinflussung durch das schlechte Beispiel «wie es sich leider in einem Kurort nicht vermeiden lässt» ergibt sich die Schwierigkeit, die Kinder «zu arbeitsfreudigen Menschen zu erziehen. Durch die langen Sommerferien wird den Eltern und Lehrern die Erreichung ihres Zieles, das da lautet: Erziehung ihrer Zöglinge zu sittlich-religiösen Gliedern der Menschheit, erschwert.» (eP, 24. Mai 1938).*

Mit der Regulierung des Unterrichts und der Anpassung der Schule an die sozialen Verhältnisse im Ort erschöpften sich die Zuständigkeiten und Sorgen der St.Moritzer Schulbehörden und Erzieher nicht. Auch die Freizeit der Schüler musste zum Teil von öffentlichen Stellen kontrolliert werden. Die (zeitliche und) strukturelle Harmonisierung des Schulwesens mit den Bedürfnissen der Hotellerie und mit den von ihr geschaffenen sozialen Bedingungen war also eines. Etwas anderes war die Angleichung des freizeithlichen Verhaltens von Einheimischen, und besonders von Kindern, an die Lebensweisen, die dank des Tourismus im Oberengadin Eingang gefunden hatten. Die Begründungen für die Beibehaltung der Differenz zwischen dem Verhalten der Hotelgäste und jenem der Wohnbevölkerung taten sich schwer, denn sie mussten oder wollten den einen etwas untersagen, was diesen andere vorführten, was als Freizeitbeschäftigung der Touristen nicht kritisiert werden durfte und sogar gefördert wurde. Im Zentrum entsprechender Diskussionen stand die sportliche Betätigung, vor allem die Nutzung der Hänge zum Skifahren, der Wintersport im allgemeinen. Ende 1931 wurde in St.Moritz eine Disziplinarordnung für die Gemeindeschulen zur Abstimmung vorgelegt, welche den schulpflichtigen Kindern die Teilnahme an sportlichen Wettkämpfen verbot und ihnen die Mitgliedschaft in den (Sport)Vereinen untersagte. Am 13. November wurde das Reglement «mit sehr grossem Mehr» akzeptiert (vgl. eP, 14. November 1931), nachdem der Schulrat und eines seiner Mitglieder sich zuvor in der Presse für seine Annahme stark gemacht hatten. Immer musste dabei dem Vorwurf der Sportfeindlichkeit begegnet und zwischen pädagogischen sowie touristischen Interessen vermittelt werden:

*«Die sich in den letzten Jahren immer mehr häufenden Auswüchse — sie sind zu einer eigentlichen Störung des Schulbetriebes geworden — durch die Teilnahme der Dorfjugend an Skiwettrennen, Sprungkonkurrenzen usw., mussten bei aller Würdigung der sportlichen Bedeutung unseres Kurortes zu einem prinzipiellen Verbote führen. Ordnungsmässiger Schulbetrieb und nicht zuletzt Schutz der Gesundheit der Schüler*

*sind Faktoren, die bei dieser ganzen Frage erheblich in Frage kommen.»*  
(eP, 7. November 1931)

Verboten wurde der einheimischen Jugend mit dem gleichen Reglement auch der Verkauf von Programmen, das Vertragen von Reklamen und das öffentliche Sammeln von Geldern, da sich Eltern und Passanten durch diese — im Vorfeld von Sportveranstaltungen sich abspielenden — Aktivitäten gestört fühlten. Nicht untersagt wurde den Schülern hingegen die Betätigung als Ausläufer: die Arbeit für einen individuellen Verdienst wurde also milder beurteilt als die 'exzessive' sportliche Betätigung während der Freizeit. Die Arbeit schien den Behörden eine bessere Vorbereitung auf das Erwachsenenleben als der Sport. Dessen Befürworter trauten diesem allerdings die selben Qualitäten zu und sahen in seiner Ausübung ausserdem schon fast eine Pflicht, welche zum Wohle des Rufes der Gemeinde als Fremdenverkehrsort erfüllt werden musste. Der Kurort war damit zum Sportort geworden - auch wenn im Gemeinderat gleichzeitig über Sondierbohrungen debattiert wurde, welche dem Bad zu neuer Attraktivität verhelfen sollten. Die Aktivität war nun eine auch freizeitliche Selbstverständlichkeit. Die Angleichung einheimischer Freizeitbetätigung an das Verhalten der Gäste war aber insofern nicht unproblematisch, als letztere eben bloss ferienhalber in St.Moritz weilten und ihr üblicher Alltag nicht wahrgenommen werden konnte. Ein Mitglied des Schulrates wehrte sich gegen die Kritik des Eishockey-Clubs, der 'gewissen Instanzen' zu wenig Verständnis für sportliche Belange vorgeworfen hatte, indem es befürchtete,

*«dass eben Sport und Sportrekorde dem jungen Menschen leicht zur Hauptsache werden, dass sie ihn beschlagnahmen ... Doch halt! Wir leben ja in St.Moritz, und das will im Sinne des Einsenders vom Eishockey-Club heissen: St.Moritz, das Weltsportzentrum, soll seiner Jugend nicht verbieten, sich in ehrlichem Wettkampf zu messen. Nun entsteht aber die Frage: 'Sollen wir unsere Jugend zu tüchtigen Sportrekordleuten erziehen oder zu Menschen im besten Sinne des Wortes, die den ernstesten Aufgaben des Lebens unserer ernstesten Zeit gewachsen sind?' Beides kann ja vereinigt werden, höre ich einwenden, und sage: Gewiss, aber die Gefahr ist gross, dass dann die Sporterziehung überwiegt, diese den ganzen Menschen in Beschlag nimmt, so dass er für nichts anderes, höheres, mehr Sinne hat und dann ... ist es traurig. (eP, 10. November 1931)*

Ein Jahr später tauchte das Thema der sportlichen Betätigung der einheimischen Jugend und ihrer Mitgliedschaft in Vereinen wieder in der Presse auf. Auf der selben ersten Seite der Engadiner Post vom 3. November 1932, welche das Sportprogramm der Wintersaison bekannt-

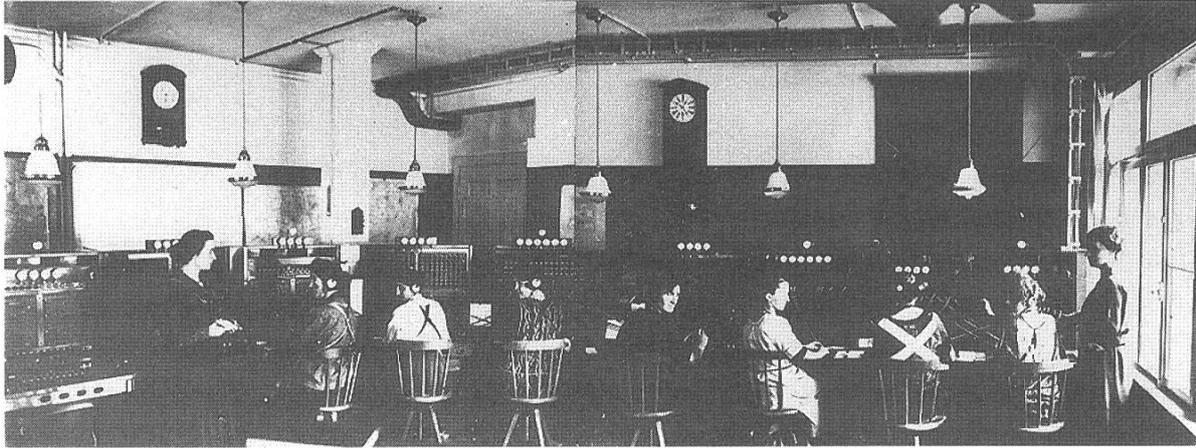
gab, wünschte ein Einsender, dass seine *«Ausführungen als eine ernst gemeinte Mahnung im Interesse der auch für St.Moritz sehr wichtigen Frage der zukünftigen Gestaltung des Sportes als eines nicht zu unterschätzenden Faktors in unserer Volkswirtschaft von möglichst weiten Kreisen unserer Bevölkerung beherzigt werden»*. Eine lange Replik erhielt dieses Votum in der Engadiner Post vom 10. November 1932 durch ein Mitglied des Schulrates. Einleitend bestätigte sie die Bedeutung des Sports für den Tourismus, dann zitierte sie aber aus der Disziplinarordnung der Gemeindeschulen, und schliesslich wurde darauf hingewiesen, dass die Dorfjugend durchaus viel Sport treibe, und zwar eben auch ohne Mitgliedschaft in Sportvereinen. Das Bedürfnis der Vereine, ihre Mitgliederbestände zu stärken, entsprach einer Logik, die im Dorf durchaus bekannt und für richtig befunden, im sportlichen Zusammenhang aber dennoch nicht unbestritten war. Was mit dem Mitgliedschaftsverbot erreicht werden sollte, war offensichtlich eine Trennung der einheimischen Lebensweise von touristischen Vorbildern. Die Bedeutung sportlicher Aktivitäten wurde vom Schulrat auch mit dem Hinweis darauf relativiert, dass die zu Ausbildungszwecken nach der Schulpflicht zeitweilig ortsabwesenden Einheimischen *«meistens schon so viel Beschäftigung und Sorgen [haben], dass sie sich nicht mehr so intensiv in ihrem früheren Sport betätigen können»* (eP, 10. November 1932). Die Trennung der Gäste von den Einheimischen, welche durch den Sport unklar zu werden drohte — als Bergführer oder Skilehrer taten Einheimische zwar das selbe wie ihre Gäste, sie gingen aber dabei einer Arbeit nach, ihre Motivation war also eine ganz andere als die ihrer Kunden — ,war mit einem politischen Beschluss, der Einführung einer neuen Disziplinarordnung, deutlich gemacht worden. Das Ausüben von Sommersportarten seinerseits war zum Teil so eng mit der Hotellerie verbunden, welche eben über die notwendigen Installationen verfügte, dass die Durchmischung einheimischer Sporttreibender mit den Gästen gering blieb.<sup>20</sup> Diese von einem Teil der einheimischen Bevölkerung für notwendig gehaltene Segregation zeigt an, wie schwierig es für die lokale Elite bisweilen war, für die indigene Gesellschaft eine Distanz zum touristischen Alltag zu formulieren, welche beide nicht gefährdete. Der Tourismus war zwar unersetzlich, und niemand befand sich in Gegnerschaft zu ihm, das hiess aber nicht, dass

20 *«Was nun den Tennissport anbelangt, so ist das Fehlen an prominenten einheimischen Spielern dem Umstande zuzuschreiben, dass ihnen die Tennisplätze vor und nach der Saison immer nur kurze Zeit zur Verfügung stehen. Während der Saison schrumpft die Spielgelegenheit für Einheimische naturgemäss auf ein Minimum zusammen. Auf denselben Übelstand stossen wir auch beim Golfsport, wo der späte Grasschnitt einer- und das frühe Düngen andererseits die Spieldauer arg einschränken.»* (eP, 3. November 1932)

die Trennlinie zwischen einheimischem Leben und dem Zeitvertreib der Gäste nicht immer wieder neu — und eben auch von politischen Instanzen — hätte gezogen werden müssen.

Es stellte sich den pädagogischen Spezialisten — und nicht nur ihnen — die Frage nach der Verträglichkeit der Anwesenheit auswärtiger Gäste und ihrer Gepflogenheiten mit der einheimischen Kultur. Vor allem die Vertreter der Sportvereine sahen dieses Verhältnis unproblematischer, ihnen war die Präsenz von Gästen eine Selbstverständlichkeit und der Versuch einer strengen partiellen Abschottung falsch, weil sie den Tourismus gefährdete. Die angeblich verschämt moralisierende Abwehr der freizeithlichen Neuerungen und Vermischungen kam denen unnütz, verfehlt oder sogar schizophren vor, welche der lokalen Gesellschaft die Integration neuer Freizeitformen durchaus zutrauten und glaubten, dass sie von der Konfrontation mit Lebensweisen, die durch den Tourismus nach St.Moritz kamen, nichts zu befürchten hätte. Die Modernisierung der sozialen Verhältnisse schien allen wünschenswert, den einen allerdings bloss in Hinblick auf das Verhältnis zu den Gästen und deren Betreuung, den anderen auch für sich.

Hier, wo die lokale Kultur explizit zum Thema gemacht werden musste, zeigt sich die oberengadinische und besonders die St.Moritzer Gesellschaft auf eine Art, dank welcher sich immer wieder ihre ideologischen Fundamente und die darauf ausgetragenen Konflikte sichtbar machten. Um Kultur im engeren Sinn, um deren einigende Kraft und um ihre teilenden Funktionen sowie um die Schwierigkeiten, welche sich bei den einheimischen Versuchen ihrer Darstellung ergaben, soll es im nächsten Kapitel gehen.



Frauen in der St.Moritzer Telephonzentrale (Lokalbatterie) vor 1929. Die Zahlen der Telephonanschlüsse von St.Moritz entwickelten sich schnell: 1890:42; 1900:156; 1910:293; 1920:462; 1937: 2577 (Schweiz. PTT-Museum, Bern)



Offenes Postauto vor einer «Extra-Fahrt» in der Zwischenkriegszeit von St.Moritz nach Maloja (Schweiz. PTT-Museum, Bern)



Die 1935 eröffnete Skiliftanlage auf Suvretta, St.Moritz (Kulturarchiv Oberengadin, Samedan)